

Landesinfo Baden-Württemberg



Bilder vom Landesparteitag am 16./17. Juli in Stuttgart (Fotos: Volker Bohn).

**Anschläge in Norwegen
Gegen Rechts-
populismus** Seite 3

**LINKE in den Kommunen
Gegen höhere
Kita-Gebühren** S. 10

**Stuttgart 21
Note mangelhaft
für die Bahn** Seite 15

**Euro-Rettung
Rettungsring aus
Blei** Seite 4

**Landkreis Konstanz
LINKE für
kommunales
Krankenhaus** Seite 13

**Landesparteitag
Rede und
Beschlüsse** Seite 17

Inhalt

■■■	Michael Schlecht: Euro-Rettung bleibt Rettungsring aus Blei	4
■■■	Annette Groth: Migration und Euro-Krise	5
■■■	Gesine Löttsch zur Hungerkatastrophe in Afrika	9
■■■	Heike Hänsel: Imperiale Rohstoffstrategie	7
■■■	Karin Binder: Soziale Fragen in Mittelpunkt	8
■■■	Linke Rottenburg: Keine Erhöhung der Elternbeiträge	10
■■■	Freiburger Kulturhauptstadt-bewerbung: OB irrt!	12
■■■	Stuttgart Aufruf: Schluss mit der Abwälzung der Krisenlasten!	14
■■■	Landesparteitag	17

Das nächste Landesinfo erscheint Oktober.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2011 ist der 15. Oktober

Beilagenhinweis: Entwurf zum Grundsatzprogramm der LINKEN. Der Entwurf wird derzeit in der Partei beraten. Beim Bundesparteitag am 21. bis 23. Oktober in Erfurt soll das Grundsatzprogramm beschlossen werden. Außerdem liegt bei „Kurswechsel“, Zeitung für Baden-Württemberg.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Landesparteitag der LINKEN am 16./17. Juli

Südwest-LINKE wählte neue Gremien

Die LINKE in Baden-Württemberg wählte auf ihrem ordentlichen Landesparteitag am 16. Juli für zwei Jahre einen neuen Landesvorstand. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind Christoph Cornides (Landesschatzmeister, Mannheim), Bernd Riexinger (Stuttgart), Sabine Rösch-Dammenmiller (Geislingen), Heidi Scharf (Schwäbisch-Hall), Sybille Stamm (Stuttgart) und Bernhard Strasdeit (Tübingen). Als weitere Landesvorstandsmitglieder wurden gewählt: Marta Aparicio (Stuttgart), Antje Claaßen-Fischer (Zollernalb), Dorothee Diehm (Freudenstadt), Monika Knoche (Karlsruhe), Susanne Kempf (Aalen), Utz Mörbe (Böblingen), Gregor Mohlberg (Freiburg), Reinhard Neudorfer (Waiblingen), Edgar Wunder (Heidelberg), Dirk Spöri (Freiburg), Ali Yalcin (Sigmaringen), Sabine Zürn (Karlsruhe).

Ebenfalls für zwei Jahre wurde eine neue Landesschiedskommission gewählt: Rosemarie Bleicher, Gudrun Glemser, Matthias Hördt, Paul Muras, Rita Bayer, Heinrich Stürtz.

Für die Finanzrevision wurden Renate Flühr und Herbert Eckhoff bestimmt.

Gute Ergebnisse – gute Stimmung

Der Landesparteitag verlief zwei Tage

in einer guten und solidarischen Atmosphäre. Die über 200 Delegierten und Gäste diskutierten an diesem Wochenende vor allem über die Schlussfolgerungen aus dem Landtagswahlergebnis sowie über landespolitische und kommunalpolitische Schwerpunkte. Sybille Stamm begrüßte die Delegierten; Bernd Riexinger hielt das Hauptreferat. Den Gastbeitrag für den Parteivorstand hielt Bundesgeschäftsführer Werner Dreibus. Claudia Haydt sprach für die Europäische Linke. Eine Grußbotschaft der VVN/BdA wurde verlesen.

Der Rechenschaftslegung des alten Landesvorstandes folgte eine offene Aussprache. Der Landesparteitag beschloss nach ausführlicher Antragsberatung bei wenigen Enthaltungen einen zweiteiligen Leitantrag zur weiteren Arbeit des Landesverbandes, der im Dokumententeil dieses Heftes abgedruckt ist. Weiterhin verabschiedete der Landesparteitag Einzelresolutionen zur Eurokrise und zur Gaza-Blockade sowie zahlreiche Einzelanträge. Sabine Rösch-Dammenmiller hielt das Schlusswort. Der Tätigkeitsbericht des alten Landesvorstandes sowie Einzelbeschlüsse des Landesparteitages sind eingestellt auf die Website des Landesverbandes www.die-linke-bw.de.

Neuer Landesvorstand konstituierte sich

Am 31. Juli traf sich der neue Landesvorstand. Eine positive Bilanz des Landesparteitages gab es am Anfang. Die Umsetzung des Leitantrages stand im Mittelpunkt der Beratung. Aktuell zu Stuttgart 21 verständigten sich Vorstandsmitglieder und Gäste über eine erste Bewertung des Stresstestes oder besser gesagt: des Manipulationstestes. Die von Heiner Geißler vorgeschlagene Kombilösung ist von der Bahn AG abgelehnt worden, ein Baustopp ebenso. Die K-21-Bewegung ist vor neue Aufgaben gestellt. DIE LINKE wird diese Bewegung weiter nach Kräften unterstützen, u.a. mit einer eigenen Blockadeaktion. Marta, Sybille und Edgar wurden beauftragt, unsere Position zum Ausstiegsgesetz der Landesregierung und zur Volksabstimmung zu optimieren, dazu eine Arbeitsgruppe zu bilden und die Vernetzung zu verbessern. Der Landesvorstand regelte Zuständigkeiten für geschäftsführende Aufgaben und diskutierte über regionale und thematische Verantwortlichkeiten. Zur nächsten Beratung am 18.9. wird der Landesvorstand die 22 Bundesparteitagsdelegierten aus Baden-Württemberg einladen, um den Erfurter Parteitag vorzubereiten. Regionale Treffen zum Programmtext werden unterstützt. Schwerpunkte der nächsten Landesvorstandssitzungen

sind: Mitgliederwerbung, innerparteiliche Bildung, Jugendarbeit, Landesarbeitsgemeinschaften. Es wird eine Redaktionsgruppe zur Verbesserung unserer Arbeit mit Medien eingerichtet (Internetzeitung und Kurswechsel), verantwortlich: Bernd und Gregor. Mit der LAG Bildung wird das Vorhaben einer landesweiten Kampagne gegen Kita-Gebühren beraten.

Termine

Für das zweite Halbjahr wurden Vorhaben vorgestellt und Termine beschlossen. Darunter: Friedensratschlag am 24.9.; Tagung zum Thema Israel/Palästina am 25.9.; Unterstützung der MV Forum Linke Kommunalpolitik mit Thema Sozialticket am 15.10.; feministische Herbstakademie am 4. bis 6.11., Ansprechpartnerin: Biggi und Sybille. Am 12. 11. bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Tagung zu Bildungspolitik in Baden-Württemberg an. Für den 19.11. wird in Karlsruhe eine Fachtagung zu „soziale Energiewende, Stromkonzerne“ vorbereitet. Das erste Treffen des AK „Büro Landespolitik“ wird im September stattfinden. Die nächste Tagung des Landesparteitages wurde einberufen, voraussichtlich 21./22. April 2012.

Bernhard Strasdeit (Landesgeschäftsführer)

Gesine Löttsch zu den Anschlägen in Norwegen: Es gibt einen Nährboden für rechts- extremistisches Gedankengut

Ich glaube, die Ereignisse vom Wochenende in Norwegen sind an niemanden spurlos vorbeigegangen. Wir, als Partei DIE LINKE, haben unsere Trauer und unser Entsetzen zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere mich gut an das vergangene Jahr, als mich eine der ersten Auslandsreisen, die ich als Vorsitzende unternommen habe, zuerst zu unseren Kooperationspartnern von der Sozialistischen Linkspartei in Norwegen führte. Ich war damals sehr beeindruckt von ihrer Arbeit, von der Frage, wie sie an die Entwicklung der Gesellschaft herangehen und wie sie eine demokratische und offene Gesellschaft verteidigen. Wir haben besonders enge Beziehungen zur norwegischen Linkspartei, die dort seit zwei Legislaturperioden gemeinsam mit den Sozialdemokraten und einer kleinen Grünenpartei in der Regierung arbeitet. Sie steht auch dafür, wie jetzt mit der Situation umzugehen ist und wie die Probleme zu lösen sind.

Wir müssen konstatieren, dass es in Europa, leider auch in dem von uns ja häufig als ideal betrachtetem Skandinavien, einen Nährboden für rechtsextremistisches Gedankengut gibt. Eine rechte Partei, die sogenannte Fortschrittspartei, konnte dort über 22 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das ist natürlich eine schwere Herausforderung für die norwegische Gesellschaft. Ich finde es sehr beeindruckend, dass der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg gesagt hat, jetzt mehr Demokratie, noch mehr Demokratie, sich nicht einschüchtern lassen und die offene Gesellschaft verteidigen. Um so bedrü-

ckender finde ich es, dass wir hier in der Bundesrepublik mit einer besonderen Art der Trittbrettfahrerei konfrontiert sind, nämlich damit, dass es Politiker aus der CDU und CSU gibt, die jetzt von Vorratsdatenspeicherung sprechen und von der Einschränkung individueller Freiheitsrechte. Wir müssen einfach das, was wir bisher wissen, anschauen und sagen, eine Vorratsdatenspeicherung hätte diese Tat nicht verhindert. Ich finde diese Art der Trittbrettfahrerei einfach inakzeptabel.

Wir haben nicht nur unseren Freunden von der Sozialistischen Linkspartei Norwegens unser Beileid zum Ausdruck gebracht, sondern uns auch an die norwegische Botschaft gewandt. Ich glaube, dass alle Diskussionen über die Frage, wo die Ursachen für derartig grausame Anschläge liegen, uns auch hier in Deutschland zu der Schlussfolgerung führen müssen: Wir müssen endlich dazu kommen, Strukturen zu verbieten, die rechtsextremistisches Gedankengut befördern. Ich glaube, das Verbot der NPD steht gerade jetzt besonders auf der Tagesordnung.

Demokraten müssen gegen Rechtspopulismus aufstehen

Ulrich Maurer, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zu den Anschlägen in Norwegen und zu Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft

73 Menschen sind bei den beiden Anschlägen am Freitag in Norwegen ums Leben gekommen. Einige Medien machen aus dem Attentäter ein Monster oder einen manischen Einzelgänger. Sehen Sie das auch so?

Ulrich Maurer: Eine solche Planung bedarf langer Vorarbeit. Sie kann nicht als die Tat eines Monsters oder gar manischen Einzeltäters angesehen werden. Der Wegbereiter für eine solche Tat ist vielschichtig und liegt zum größten Teil auf dem ausufernden Rechtspopulismus, der in ganz Europa um sich greift und so salonfähig wird.

Der mutmaßliche Täter soll ein Manifest verfasst haben, in dem er sich ein krudes Weltbild zusammengestellt hat. Er lehnt Demokratie, offene Gesellschaft, linksliberale Orientierung und die multikulturelle Gesellschaft ab und



„Faschismus ist keine Gesinnung sondern ein Verbrechen!“ Mit diesen Worten eröffnete Volker Bohn seine Rede auf der Veranstaltung zum Gedenken an die Ermordung von Werner Weikum im Jahr 1996. Damals wurde der Elektriker Werner Weikum in Eppingen von einer Naziclique zusammengeschlagen und schließlich ersticht. Mehrere Nazis, die eine spontane Gegendemo zu dieser Veranstaltung am 19 Juli angemeldet hatten, wurden von der Polizei mehrere hundert Meter entfernt festgehalten. Die Einschätzung der Staatsorgane, es gäbe keine Naziszene im Kraichgau, ist falsch. Organisiert wurde die Aktion in Eppingen durch das Bündnis „Heilbronn stellt sich quer“. Das ist ein breites Bündnis aus verschiedenen Vereinen, Verbänden, Parteien und Gruppierungen aus Heilbronn und Umgebung. Trotz Regen kamen etwa achtzig, vorwiegend junge Menschen zu der Gedenkveranstaltung. An der Stelle, wo Weikum zu Tode kam, wurden Blumen niedergelegt. RednerInnen der LINKEN, der Antifaschistischen Aktion Heilbronn, der Grünen Jugend und der Linksjugend [solid] legten dar, dass das Thema faschistische Gewalt auch heute in unserer Region noch aktuell ist.

Volker Bohn, Foto Jürgen Patzelt

Fassungslos

Aus einem Beschluss der Kreis-Mitgliederversammlung Emmendingen am 26. Juli in Waldkirch:

Die Ereignisse von Utøya und Oslo haben uns schockiert. Fassungslos müssen wir mit ansehen, zu welchen Taten religiöser Fundamentalismus, Rassismus und fanatischer Antimarkanismus führen.

DIE LINKE, Kreisverband Emmendingen lehnt jedwede Form von religiösen Fanatismus und Rassismus als demokratiefeindlich und menschenverachtend ab.

DIE LINKE, Kreisverband Emmendingen tritt für eine multikulturelle, demokratische Gesellschaft ein, in der niemand wegen seiner Herkunft oder seiner demokratisch legitimen politischen Ansichten straffrei bedroht oder diskriminiert werden darf.

predigt Nationalismus, Rassismus und Antiislamismus. Wie bewerten Sie das?

Das sogenannte Manifest umfasst um die 1500 Seiten. Inhalt ist unter anderem die Rettung Europas vor dem Marxismus, Multikulturalismus und Islamismus. Eben genau darauf baut der heutige Rechtspopulismus. Es darf nicht mehr einfach hingenommen werden, wenn in der Öffentlichkeit sorglos über Bevölkerungsgruppen und –schichten hergezogen wird. DIE LINKE im Bundestag geht deswegen auch in der Sommerpause auf die Straße, um vor Ort Gesicht gegen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus zu zeigen. Nationalismus, Rassismus und Antiislamismus haben in Deutschland nichts zu suchen.

In Deutschland erreichte der Rechtspopulismus in Form der Thesen des Thilo Sarrazin als bekanntestes Beispiel die Mitte der Gesellschaft. Warum scheint es gegenwärtig so leicht, mit dem Schüren von Ressentiments die Menschen zu erreichen?

Die Bevölkerung ist durch die Finanzkrise nachhaltig verunsichert. Politiker versprechen vor Wahlen Dinge, die sie nach den Wahlen nicht halten. Dies führt zu weiterer Verunsicherung und einer Ohnmacht der Wähler gegenüber ihren gewählten Volksvertretern. Diese Unsicherheit nutzen Rechtspopulisten, wie Thilo Sarrazin aus. Nicht um wirklich gesellschaftlich relevante Dinge anzusprechen, sondern um den Marktwert ihrer Bücher zu steigern. Umso verächtlicher ist ihr Handeln. Eine Gefahr, der sich die SPD offenkundig nicht im Geringsten bewusst ist.

Interview mit Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE

Die Euro-Rettung bleibt ein Rettungsring aus Blei

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben unter Aufsicht von Ackermann und anderer Top-Banker neue Beschlüsse zu Griechenland gefasst. Was ist dabei heraus gekommen?

Michael Schlecht: Griechenland erhält neue Kredite über 109 Milliarden Euro und die Zinsen sollen auf 3,5 Prozent gesenkt werden. Laut Merkel soll sich die Finanzbranche zusätzlich mit 50 Milliarden Euro über eine Verlängerung der Laufzeiten und niedrigere Zinsen beteiligen. Der Rettungsschirm der EU-Staaten (EFSF) soll zudem Anleihen von Krisenstaaten mit Abschlag aufkaufen. Da das aber alles freiwillig ist, stehen die 50 Milliarden auf höchst wackeligen Beinen. Der französische Vorschlag einer Bankenabgabe ist am Widerstand von Merkel gescheitert. Ackermann hat ganze Arbeit geleistet.

Niedrigere Zinsen: Das klingt doch erst mal gut?

Leistet die Politik dem Vorschub?

Die Politik zieht sich aus der Verantwortung und wundert sich hinterher, wie so etwas nur geschehen konnte. Sie schließt aus Geldmangel Jugendzentren und dreht Bewegungen gegen Rechtspopulismus den Geldhahn zu. Aber auch die SPD sieht sich nur als Zuschauer, wenn sie nicht willens und fähig ist, Rechtspopulisten wie Herrn Sarrazin aus ihrer Partei auszuschließen.

Der Ruf nach Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen ist meist der erste Reflex auf Anschläge. Auch in Deutschland fordert die Union jetzt wieder die Vorratsdatenspeicherung. Kann uns das vor solchen Anschlägen schützen, oder wie sonst müssen Politik und Gesellschaft auf Anschläge von Rechtsextremisten reagieren?

Nach norwegischen Behördeninformationen fiel der Attentäter nie auf, und er wäre auch unter der Vorratsdatenspeicherung weggetaucht. Eine solche Forderung zeigt nur die Hilflosigkeit derjenigen auf, die solchen Reflexen unterliegen. Insbesondere in Deutschland ist es, nachdem die letzten Zeitzeugen der NS-Diktatur sterben, wichtig aufzuklären. DIE LINKE unterstützt durch ihre Aktionen und Gesetzesanträge Organisationen und Verbände, die genau dort vor Ort ansetzen und aufzeigen, was passiert, wenn man einmal zu oft weghört. Rechtspopulismus ebnet den Weg für ein Attentat, wie jetzt in Oslo geschehen. Dagegen muss jeder Demokrat aufstehen und sich erheben. DIE LINKE im Bundestag tut dies jedenfalls.

linksfraktion.de, 25. Juli 2011

geben kommt man trotzdem nicht vom Fleck.

Was schlägt DIE LINKE als kurzfristige Maßnahmen vor?

Wir brauchen Euro-Bonds – gemeinsame Anleihen aller Euro-Staaten – oder besser noch günstige Kredite direkt bei der EZB – vermittelt über eine öffentliche Bank. So können die Finanzhaie aus dem Geschäft mit der Staatsverschuldung gedrängt und Spekulation gegen einzelne Staaten verhindert werden. DIE LINKE fordert zudem eine EU-weite Krisenabgabe für Reiche, die Millionärssteuer und eine echte Bankenabgabe.



Merkel sagt, dass mit dem Programm „die Probleme auch wirklich an der Wurzel angepackt“ werden. Stimmt das?

Überhaupt nicht. Das zentrale Problem des Euro ist das deutsche Lohndumping. Die Beschäftigten in Deutschland hatten in den letzten Jahren Reallohnverluste von mehr als vier Prozent. In allen anderen Ländern Europas gab es mehr oder minder deutliche Zuwächse. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat zudem gerade festgestellt, dass die Löhne für die am schlechtesten bezahlten 40 Prozent der Beschäftigten sogar um zehn bis 20 Prozent gesenkt wurden. Und 75 Prozent der neuen Jobs im Aufschwung sind Leiharbeit, befristete oder Mini-Jobs. Mit der Angst der Beschäftigten werden die Löhne gedrückt.

Was hat das mit dem Euro zu tun?

Wir haben wegen unserer Billiglöhne mehr Waren an das Ausland verkauft, als von dort eingekauft. Der deutsche Außenhandelsüberschuss betrug in den letzten zehn Jahren 1,2 Billionen Euro. Die privaten Haushalte und Unternehmen im Ausland haben sich daher zunehmend bei uns verschuldet. Diese faulen Kredite wurden in der Wirtschaftskrise zu Staatsschulden.

Was ist zu tun?

Der deutsche Exportüberschuss muss abgebaut werden. Importe müssen steigen und Arbeit, die heute für Exportprodukte aufgewandt wird muss stärker

Resolution des Landesparteitages der LINKEN Baden-Württemberg

Euro-Krise: Lohndumping stoppen, Finanzhaie zur Kasse

Die Euro-Rettung gerät außer Kontrolle. Selbst Italien steht nun im Feuer der Spekulanten. Gerettet werden bislang Banken in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, nicht jedoch Griechen, Iren oder Portugiesen.

Die von Kanzlerin Merkel den Krisenländern aufgezwungenen Kürzungspakte sind wie Rettungsringe aus Blei. Sie drücken die Wirtschaft unter Wasser und verschärfen noch die Schuldenkrise. Griechenland ist davon am schärfsten getroffen. Die Wirtschaft brach 2010 mit minus 4,5 Prozent ein. Die Finanzhaie verdienen an Wucherzinsen bzw. der Staatsverschuldung.

Die eigentliche Ursache der Euro-Krise – das deutsche Lohndumping – wird von der deutschen Regierung als Erfolgsmodell gefeiert. Folglich sollen alle anderen Staaten es übernehmen. Nach dem Motto: „Am deutschen Wesen soll Europa genesen“. Deshalb werden Sozial- und Lohnkürzungen, kurz die Agenda 2010, nach Europa exportiert.

Das deutsche Lohndumping droht den Euro zu sprengen. Als einzigem europäischem Land sind die Reallöhne um 4,5 Prozent gesunken. Exporte stiegen viel schneller als Importe. So hat Deutschland in den letzten zehn Jahren einen Außenhandelsüberschuss von 1,2 Billionen Euro angehäuft. Verkauft ein Land dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland, als es von dort einkauft, müssen sich die privaten Haushalte, Unternehmen und der Staat unserer Handelspartner zunehmend verschulden. Die Schuldenkrise

ist die Kehrseite des Außenhandelsüberschuss.

Dieser muss abgebaut werden durch mehr Importe und eine Umlenkung von Exportprodukten für die inländische Verwendung. Zum Beispiel durch mehr Produkte für die Energiewende hierzulande. Wir brauchen eine Stärkung der Binnenwirtschaft durch höhere Löhne. Wir brauchen Gute Arbeit statt Befristungen, Leiharbeit und Mini-Jobs. Außerdem muss endlich der gesetzliche Mindestlohn mit 10 Euro eingeführt und das Arbeitslosengeld II ohne Sanktionsdrohungen auf 500 Euro erhöht werden. Das ist gut für die Menschen in unserem Land und für ein solidarisches und soziales Europa.

Um die akute Krise zu lösen müssen folgende Sofortmaßnahmen eingeleitet werden:

- Sofortiger Stopp der Lohn- und Sozialkürzungen in allen Ländern. Stattdessen ein Aufbauprogramm für die Krisenländer.
- Euro-Anleihen und direkte Kredite der Europäischen Zentralbank für die Finanzierung der Krisenländer und Abkoppelung von den privaten Finanzmärkten.
- Eine geordnete Entschuldung. Banken müssen auf Forderungen verzichten.
- Die massive europaweite Besteuerung großer Vermögen, unter anderem durch die Millionärsteuer. Krisenlasten und Aufbauhilfen müssen die Reichen bezahlen.

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!

für Güter eingesetzt werden, die wir im Inland benötigen. Die Binnenwirtschaft muss gestärkt und der Hunger- und Niedriglohnbereich ausgetrocknet werden. Wer für den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro kämpft, tut nicht nur

etwas für die Verbesserung der sozialen Lage in unserem Land, sondern auch für Europa. Wer sich gegen Befristungen, Leiharbeit und Mini-Jobs stark macht, kämpft nicht nur gegen die Prekarisierung hierzulande, sondern auch gegen

den Zerfall des Euros. Wer statt Hartz IV ein sanktionsfreies Arbeitslosengeld II von 500 Euro will, verbessert nicht nur die Lage der Erwerbslosen, sondern leistet einen Beitrag zum Erhalt des Euros und des gemeinsamen Europas.

Annette Groth

Migration und Euro-Krise in Griechenland – eine gefährliche Entwicklung

Vom 16. bis 20. Mai war ich als Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe mit einer Bundestagsdelegation in Griechenland.

Neben Athen waren wir auch in der Evros-Region. Dort werden MigrantInnen aus der ganzen Welt, jetzt überwiegend aus Nordafrika stammend, von Schleppern mit kleinen Schlauchbooten von der Türkei über den Grenzfluss Evros nach Griechenland gebracht. Das Auffanglager Fylakio, in dem Hunderte von Menschen aus aller Welt in käfigähnlichen Behausungen festgehalten werden, ist das schlimmste Lager, das ich je gesehen habe. Wie mir UNHCR-Mitarbeiterinnen berichteten, haben in Fylakio viele Menschen seit Monaten das Tageslicht nicht gesehen!

Das ist eine krasse Menschenrechtsverletzung und widerspricht allen Flüchtlings- und Menschenrechtsabkommen. In Evros sieht man deutlich, was die neoliberale und globale Wirtschaftspolitik angerichtet hat: eine wachsende Schere zwischen arm und reich auf globaler Ebene. Dazu tragen auch die Handelsabkommen der EU bei, die den armen

Ländern aufkotroyiert werden. Durch weitgehenden Zollabbau gelangen subventionierte Billigwaren aus Europa auf die lokalen Märkte und zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Das Resultat ist Migration und Flucht. Durch kriegerische Auseinandersetzungen in Libyen und in vielen anderen Ländern flüchten immer mehr Menschen.

Europa aber schottet sich zunehmend ab.

Durch die Sparpakete verarmen immer mehr GriechInnen; die Wut über die drakonischen Maßnahmen richtet sich teilweise auch gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. In Athen machen Neonazis Jagd auf Menschen mit Migrationshintergrund. In unmittelbarer Nähe meines Hotels gab es fünf schwere Explosionen. Fast täglich werfen Neonazis Molotow-Cocktails in die Straßen und auf Häuser, in denen MigrantInnen wohnen. Auffällig ist, dass in den zahlreichen Medienberichten über die „griechische Krise“ das Problem der Flüchtlinge und MigrantInnen, die immerhin etwa 10% der Bevölkerung ausmachen, kaum erwähnt wird. Das sollte aber dringend

thematisiert werden.

Die Forderung der Linken lautet: Änderung der Dublin II Regelung, jedes EU-Land muss entsprechend seiner Einwohnerzahl Flüchtlinge aufnehmen.

Euro-Krise

Vom 1. bis 4. Juli nahm ich auf Einladung eines linken Bündnisses an einer Podiumsdiskussion auf dem „globalen Widerstandsfestival“ in Athen teil.

Die VertreterInnen aus Irland, Island, Portugal, Spanien und Griechenland kritisierten aufs heftigste die Sparpakete ihrer Länder sowie die Rolle der Banken, Rating-Agenturen und Regierungen.

Die große Mehrheit der griechischen Bevölkerung ist empört über die Pasok-Regierung, die die drakonischen Sparpakete durchgepeitscht hat. Die Einsparungen betreffen in erster Linie ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und die Mittelschicht. Die Reichen werden geschont, was für noch mehr Wut sorgt. Es gibt Pasok-Abgeordnete die sich nicht mehr aus ihren Häusern trauen, weil sie bespuckt und beleidigt werden.

26. Juli 2011, „Teckbote“

Hilfe für Griechenland

Der Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, referierte bei der Jahreshauptversammlung des Ortsverbands der Linkspartei zum Thema „Hilfe für Griechenland.“

Kirchheim. Vor den Parteimitgliedern und Gästen zog der Sprecher des Ortsverbands Die Linke Kirchheim, Günther Albrecht, eine positive Bilanz der Arbeit im Ortsverband.



Insbesondere die Sonntagsmatinees mit prominenten Bundestagsabgeordneten hätten gute Resonanz bei den Mitgliedern und in der Kirchheimer Öffentlichkeit gefunden. Albrecht lobte auch das beachtliche Engagement der aktiven Parteimitglieder im Landtagswahlkampf.

Das Referat hielt der Böblinger Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle. Pitterle, vor knapp zwei Jahren überraschend für Die Linke in den Bundestag gewählt, ist Mitglied des Finanzausschusses und konnte unter der Überschrift „Hilfe für Griechenland – bekommen wir eine Transferunion?“ aus erster Hand über dieses kontroverse Thema berichten.

Laut Pitterle ist die aktuelle Krise in der Euro-Zone sehr gefährlich. „Es ist nicht nur eine Krise der Staatsfinanzen einzelner Mitgliedsländer, sondern auch eine Krise der Währungsunion und des gesamten europäischen Integrationsprojekts.“ Die Hetze in einigen Medien gegen die „faulen Südländer“ lenke von den Verursachern und Profiteuren der Krise ab und ebne einer Enteignung der Bevölkerungsmehrheit in Europa durch Sparpakete und Sozialabbau den Weg. Dies gehe einher mit immer gefährlicheren nationalistischen Tönen in vielen Mitgliedsstaaten, warnte der Bundestagsabgeordnete.

„Die momentane Strategie der Bundesregierung und der EU ist für die Überwindung der Eurokrise kontraproduktiv“, kritisierte Pitterle und forderte mit Investitionsprogrammen den betroffenen Staaten auf die Beine zu helfen. Die Finanzierung der Staaten müsse vom Finanzmarkt abgekoppelt werden, dazu müssten die Mitglieder der Euro-Zone eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“ gründen. Parallel dazu sollten gemeinsam verantwortete Euro-Anleihen aufgelegt werden, sogenannte „Euro-Bonds“, mit denen die Euro-Staaten sich gegenseitig mit ihrer Bonität aushelfen könnten. Der Finanzpolitiker betonte die Vorteile solcher gemeinsamen Anleihen: „Mit diesem solidarischen Handeln wären einzelne Euro-Staaten nicht mehr den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte ausgeliefert.“

Gesine Löttsch zur Hungerkatastrophe in Afrika:

Der Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen bis 2008, Jean Ziegler, sagte in einer nicht gehaltenen – inzwischen veröffentlichten – Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele, von der er unter einem Vorwand wieder ausgeladen wurde: „*Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.*“

Ich glaube, dieser Satz hat sehr sehr viel Wahrheit in sich, denn die Hungerkatastrophe in Afrika war absehbar, hat sich über längere Zeit angedeutet. Die entsetzliche Dürre ist ja nur eine Ursache. Die andere Ursache ist die enorme Spekulation mit Lebensmitteln. Die Schlussfolgerung muss sein, dass wir endlich die Spekulation mit Nahrungsmitteln weltweit verbieten. Eine zweite Schlussfolgerung ist die ganz konkrete praktische Hilfe.

Die zuständige Organisation der Vereinten Nationen schätzt, dass man mindestens 120 Millionen Dollar braucht, um die landwirtschaftliche Infrastruktur wieder herzustellen. Natürlich braucht es jetzt Nahrungsmittelspenden. Wir, als LINKE, bitten unsere Mitglieder, sich an den Spendenaktionen zu beteiligen. Die Erfahrung, die wir haben, ist, dass viele unserer Mitglieder und Unterstützer das bei solchen Gelegenheiten sehr großzügig tun. Aber ich glaube, es ist an dieser Stelle notwendig, einen Blick auf die Rolle Deutschlands

Aus Jean Zieglers nicht gehaltener Rede bei den Salzburger Festspielen

„Der neoliberale Profitwahn zerfällt in Staub und Asche
Das Geld fehlt. Das Welternährungsprogramm, das die humanitäre Soforthilfe leisten sollte, verlangte am 1. Juli für diesen Monat einen Sonderbeitrag seiner Mitgliedstaaten von 180 Millionen Euro. Nur 62 Millionen kamen herein. Das normale WPF (World-Food-Programm) Budget betrug 2008 sechs Milliarden Dollar. 2011 liegt das reguläre Jahresbudget noch bei 2,8 Milliarden. Warum?

Weil die reichen Geberländer – insbesondere die EU-Staaten, die USA, Kanada und Australien – viele tausend Milliarden Euro und Dollars ihren einheimischen Bankhalunken bezahlen mussten: zur Wiederbelebung des Interbanken-Kredits zur Rettung der Spekulations-Banditen. Für die humanitäre Soforthilfe (und die reguläre Entwicklungshilfe) blieb und bleibt praktisch kein Geld.

Wegen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte sind die Hedgefonds und andere Groß-Spekulanten auf die Agrarrohstoffbörsen (Chicago Commodity Stock Exchange, u. a.) umgestiegen.

Mit Termingeschäften, Futures, etc. treiben sie die Grundnahrungsmittelpreise in astronomische Höhen. Die Tonne Getreide kostet heute auf dem Weltmarkt 270 Euro. Ihr Preis lag im Jahr zuvor genau bei der Hälfte. Reis ist um 110 Prozent gestiegen. Mais um 63 Prozent.

Was ist die Folge? Weder Äthiopien, noch Somalia, Djibouti oder Kenia konnten Nahrungsmittelvorräte anlegen – obschon die Katastrophe seit fünf Jahren voraussehbar war.

In Salzburg könnten Wunder geschehen

Ins Bewusstsein dringt die Realität, dringen die sterbenden Kinder. Wunder könnten in Salzburg geschehen: Das Erwachen der Herren der Welt. Der Aufstand des Gewissens! Aber keine Angst, dieses Wunder wird in Salzburg nicht geschehen! Ich erwache. Mein Traum könnte wirklichkeitsfremder nicht sein! Kapital ist immer und überall und zu allen Zeiten stärker als Kunst. Es ist gleichgültig, welcher Mensch an der Spitze des Konzerns steht. Es geht nicht um seine Emotionen, sein Wissen, seine Gefühle. Es geht um die strukturelle Gewalt des Kapitals. Produziert er dieses nicht, wird er aus der Vorstandsetage verjagt. Gegen das eherne Gesetz der Kapitalakkumulation sind selbst Beethoven und Hofmannsthal machtlos.

Die These von der autonomen, von jeder sozialen Realität losgelösten Kunst, schützt die Mächtigen vor ihren eigenen Emotionen und dem eventuell drohenden Sinneswandel. Die Hoffnung liegt im Kampf der Völker der südlichen Hemisphäre, von Ägypten bis Bolivien, und im geduldigen, mühsamen Aufbau der Radikal-Opposition in den westlichen Herrschaftsländern. Kurz: in der aktiven, unermüdlichen, solidarischen, demokratischen Organisation der revolutionären Gegengewalt. Es gibt ein Leben vor dem Tod. Der Tag wird kommen, wo Menschen in Frieden, Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit, befreit von der Angst vor materieller Not, zusammenleben werden.

Jean Ziegler, Schweizer Politiker und Autor

zu werfen. Deutschland ist Spitzenreiter hinsichtlich der Rüstungsexporte. Aber wenn wir uns die Erfüllung der sogenannten ODA-Quote anschauen, also die Frage, wie viel Geld wendet ein Land für Entwicklungszusammenarbeit auf, steht Deutschland sehr schlecht da. Die internationale Norm ist 0,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Deutschland ist gerade mal bei 0,38 Prozent angelangt. Es gibt übrigens jetzt im Bundestag eine Initiative von vielen Abgeordneten, die ich auch unterzeichnet habe, endlich diese 0,7 Prozent zu erreichen. Ich muss auch konstatieren, dass seit der FDP-Kollege Niebel Minister für Entwick-

lungszusammenarbeit ist, es hier auch eine Schwerpunktverschiebung gegeben hat. Niebel hat in sein Afrikakonzept für die Bundesregierung aufgeschrieben, dass es vor allem darum geht, wirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der deutschen Wirtschaft – um es mal deutlich zu formulieren – als Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Ich finde, das ist nicht angemessen.

Ich glaube, dass diese Situation, die wir jetzt in Afrika haben, unbedingt eine Aufforderung an die deutsche Politik sein muss, endlich dieses Minimalziel, diese 0,7 Prozent der ODA-Quote, zu erfüllen.

30.6.2011 – Heike Hänsel im Deutschen Bundestag

Imperiale Rohstoffstrategie der Bundesregierung ist eine einzige Drohung an die Länder des Südens

In der Rohstoffanhörung des Entwicklungsausschusses vor vier Wochen haben wir gehört, wie in den Ländern des Südens die europäischen Rohstoffinteressen gegen die Lebensinteressen der lokalen Bevölkerung durchgesetzt werden. Der Sachverständige Nouhoum Keita hat uns eindrucksvoll vom Kampf der Bewohnerinnen und Bewohner von Falea in Mali gegen europäische Rohstoffunternehmen berichtet, die ihre Gemeinde umpflügen wollen, um Uran zu fördern. Die Arbeitsbedingungen in den Uranminen sind für viele Tausend Menschen

tödlich durch das Einatmen hochgiftigen Uranaustaus. Solche Beispiele gibt es überall auf der Welt. Und auch das wurde in der Anhörung deutlich.

Diese Beispiele werden nicht seltener werden. Die Europäische Union und die Bundesregierung haben zur globalen Jagd nach Rohstoffen geblasen, überwiegend nach solchen die in Entwicklungs- und Schwellenländern lagern. Sie folgen damit den „Empfehlungen“ der Großindustrie. Zwischen der Veröffentlichung der Rohstoffstrategie des BDI und der der Bundesregierung lagen gerade ein-



mal vier Monate. Die Bundesregierung folgt den BDI-Vorgaben fast aufs Wort. Auch bei der Entwicklung der EU-Rohstoffinitiative nahmen die Lobbyverbände erheblichen Einfluss. Entsprechend sind die Strategien ausgerichtet, nämlich auf den uneingeschränkten Zugriff auf die Rohstoffe in Drittländern.

Investitionsbeschränkungen in den Rohstoffländern sollen beseitigt werden. Exportzölle bei der Ausfuhr von Rohstoffen sollen fallen, Quoten sollen verboten werden. Dabei legt die Bundesregierung eine erstaunliche Kaltschnäuzigkeit an den Tag. In Brüssel setzt sie sich bei der Reform der EU-Handelspräferenzen

Landesparteitrag der LINKEN zum Thema Gaza-Flottille

Die diesjährige Entsendung einer Friedensflotte mit Hilfsgütern und Lebensmitteln nach Gaza, an der sich im vergangenen Jahr auch LINKE-Politiker beteiligten, ist notwendig, um die humanitäre Krise in Gaza zu lindern und ein politisches Signal für eine Beendigung der Blockade und damit für einen gerechten Frieden in Nahost auszusenden. Die langjährige Blockade des Gaza-Streifens nimmt den Menschen jede Entwicklungsperspektive und demoralisiert sie dadurch. Die Gaza-Blockade stärkt in Israel die extreme Rechte und auf palästinensischer Seite geraten diejenigen Kräfte ins Hintertreffen, die eine gerechte Lösung für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern anstreben. Beide Gesellschaften werden militarisiert und entdemokratisiert. Die Blockade versperrt damit nicht nur die Versorgungswege, sondern auch jeden Schritt auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten. Deshalb fordern wir die Aufhebung der rechtswidrigen und unmenschlichen Blockade des Gaza-Streifens.

Wir, die Linke in Baden-Württem-

berg, verurteilen das Verhalten der griechischen Regierung, die die Ausfahrt der Friedens-Flottillen verhindert hat und durch den Einsatz der Küstenwache auch die Schiffe beschädigt hat.

Spendenaktion: Schulranzen für Palästinas Kinder

Wie die Jahre davor wollen wir auch in diesem Jahr unter dem Motto „Schulranzen für die Kinder in Palästina“ eine Spendenaktion starten. Mit 30 Euro können Sie dazu beitragen, einem Kind in Palästina einen Schulranzen plus „Inhalt“ zu schenken. Es ist auch möglich, mehrere Schulranzen zu spenden. Mit dieser Aktion wollen wir möglichst vielen Kindern in Gaza und auf der „Westbank“ eine kleine Freude machen. Danke für Ihre Unterstützung und Engagement.

Fuad Hamdan, Bankverbindung: Dritte Welt Zentrum, Stichwort Schulranzen für Palästina, Stadtparkasse München Konto: 100 140 8655, BLZ: 701 500 00

Außerdem finden wir es befremdlich, dass deutsche Fluglinien den Aktivisten, die nach Gaza eingeladen worden sind, die gebuchte Flugreise auf Druck der israelischen Regierung den Flug verboten haben. Dies zeigt aber auch, dass internationaler Protest notwendig und auch erfolgreich ist, um die völkerrechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens international zu thematisieren und zu durchbrechen. Wir unterstützen die Initiative „Ein Schulranzen für Gaza“, dass Kinder aus dem Gazastreifen in die Schule gehen können und dort auch vernünftig lernen können. Wir, die Linke in Baden-Württemberg, sammeln Geld und spenden 30 Schulranzen mit Inhalt für die palästinensischen Kinder. (siehe Spendenaufruf, Dritte Welt Zentrum in München)

Dieser Text wurde vom Landesparteitrag am 17. Juli beraten und verabschiedet. Insgesamt nahm sich der Landesparteitrag am Sonntag eine Stunde Zeit, um über Israel/Palästina zu diskutieren. Es wurde vereinbart, diese Debatte in einer Veranstaltung am 25. September mit FachreferentInnen zu vertiefen.

dafür ein, dass nur noch solche Entwicklungsländer in das Präferenzsystem aufgenommen werden, die bereit sind, den Rohstoffhandel zu liberalisieren. Das Schlimme ist: Im Moment sieht es so aus, als ob sich die Bundesregierung mit diesem Standpunkt durchsetzt. Der Vorschlag der Kommission zur Reform geht leider in diese Richtung. Wir werden uns damit nicht abfinden und viele Regierungen, Aktivistinnen und Aktivistinnen im Süden auch nicht.

Sie werden sich zunehmend Gehör verschaffen: weil sich Bürgerinnen und Bürger betroffener Regionen wehren, wie in Falea, und weil Regierungen, die mit der EU über Handels- und Investitionsschutzabkommen verhandeln, zunehmend selbstbewusster werden. Genau das will die Bundesregierung trotz anderslautender Aussagen verhindern; deshalb versucht sie es nun mit Erpressung über ihre Handelspolitik.

Wenn nötig, wird der Zugriff auf Ressourcen mit Krieg erzwungen. Wir erleben das gerade in Libyen. Die Nato will dort kriegerisch einen Regimewechsel herbeiführen. Wir haben die Bundesregierung dabei unterstützt, dass sie sich bisher nicht am Krieg beteiligt hat. Noch besser wäre, sich aktiv für ein Ende der

Bombardierungen einzusetzen, anstatt nun doch Bombenteile für den Krieg zu liefern. Doch auch wenn die Bundesregierung in diesem Fall nicht direkt Krieg führt, der Bundesverteidigungsminister hat es im Mai mit der Präsentation der Verteidigungspolitischen Richtlinien ganz deutlich gemacht: Die Sicherung des Zugriffs, des Handels und Transports von Rohstoffen soll künftig ganz selbstverständlich zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören.

Der Rohstoffansatz der Bundesregierung ist in imperialer Manier eine einzige Drohung an die Länder des Südens: Gebt eure Rohstoffe freiwillig her oder wir drücken euch wirtschaftlich die Luft ab. Oder: Es gibt Krieg. – Wir müssen uns aber an den Gedanken gewöhnen: Es sind nicht „unsere“ Rohstoffe, die einfach in den falschen Ländern lagern. Wir brauchen deshalb einen ganz anderen Ansatz: Rohstoffhandel nur zu gerechten Preisen und sozialökologischen Bedingungen, die nicht zulasten der Bevölkerung gehen. Zuallererst sind aber die westlichen Industriestaaten aufgefordert, insgesamt eine Verringerung des Rohstoffumsatzes zu erzielen, anstatt den Zugriff auf immer mehr Rohstoffe militärisch abzusichern.

Karin Binder (MdB): Soziale Fragen im Mittelpunkt – Kernthemen der LINKEN

Nicht nur die „Sommerpause“ des Parlaments gibt Anlass, sich über die Arbeit der Bundestagsfraktion in der zweiten Hälfte der Legislatur verstärkt Gedanken zu machen. Auch die Erkenntnisse aus der Landtagswahl in Baden-Württemberg müssen wir dafür zu Grunde legen.

Ein Problem der LINKEN war der von außen gesteckte Themenrahmen dieser Landtagswahl. Soziale Themen der LINKEN haben darin keine große Rolle gespielt. Das sind aber die Themen, für die wir gewählt werden und die wir wieder verstärkt ins Blickfeld rücken müssen. Die Wirtschaftskrise und Kriege in aller Welt lassen Hunger und Armut wachsen. In jeder Gesellschaft verlieren vor allem die unteren Schichten.

Auch in Deutschland nimmt Armut laufend zu. 800.000 Haushalte wurde im vergangenen Jahr wegen Zahlungsunfähigkeit der Strom gesperrt. Wir haben wachsende Altersarmut wegen zu niedriger Erwerbseinkommen und viel zu niedriger Rentenbeiträge bei Hartz IV. Trotz langer Erwerbsarbeit sinken die Renten für viele Menschen unter das Existenzminimum. Kinder und Jugendliche leben in Armut, weil ihre Eltern Hartz IV-Betroffene sind. Eltern insbesondere Alleinerziehende sind „nicht vermittelbar“. Kinderbetreuung kann

nicht gewährleistet werden, solange die konservativen Bundesländer wie Baden-Württemberg nicht ausreichend Betreuungspunkte zur Verfügung stellen.

Die Benachteiligung dieser Kinder beginnt bei einer unzureichenden Ernährung und fehlenden Fördermöglichkeiten, trotz Frau von der Leyens „Bildungsgutscheinen“, und endet dann im Niedriglohn oder im Hartz IV-Bezug, da qualifizierte Ausbildungsplätze fehlen. Hier wird Menschenwürde mit Füßen getreten, dem müssen wir ein Ende setzen.

Zu all diesen Themen hat die Linksfraktion in den letzten zwei Jahren gearbeitet. Wir haben Forderungen nach dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, nach der Abschaffung der Leiharbeit und nach der Ausbildungsplatzumlage gestellt.

Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse in dieser Gesellschaft müssen für DIE LINKE wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Aktivitäten gestellt werden.

Auch bei dem jetzt anstehenden ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft muss DIE LINKE die sozialen Pfeiler einrammen, damit dieses Zukunftsprojekt insbesondere für junge Menschen und die nachfolgenden Generationen tatsächlich Zukunftsperspektiven bietet.

DIE LINKE Baden-Württemberg – LAG Frieden

Landesweiter friedenspolitische Ratschlag

Samstag, 24. September 2011 ab 11 Uhr, Schlatterhaus, Österbergstr. 2, Tübingen

1. Thema: Schulfrei für die Bundeswehr

Mit dem Kooperationsabkommen von Kultusministerium und Bundeswehr wurde die Nachwuchswerbung bei jungen Menschen verstärkt. Damit soll noch mehr Kanonenfutter rekrutiert und die Bundeswehr in ihrer neuen Rolle als Angriffsarmee etabliert werden. Wir möchten diskutieren, was wir gegen Bundeswehrwerbung an Schulen tun und wie wir die Auflösung der Kooperationsvereinbarung durchsetzen können.

2. Thema: Bundeswehrreform in BaWü: weiter auf dem Weg zur Eingreiftruppe

Das baden-württembergische Kultusministerium hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen, um verstärkt Offiziere in Schulen zu schicken. Dort sollen sie „über die Bundeswehr“ aufklären und um Nachwuchs werben. Übersetzt heißt das: Kriegseinsätze schönreden und junge Menschen als Kanonenfutter zu rekrutieren.

3. Thema: Revolten und westliches Eingreifen in der arabischen Welt

In einer zweiteiligen Veranstaltung wollen wir uns mit den revolutionären Entwicklungen beschäftigen, die seit Anfang des Jahres Nordafrika erschüttern. Zum einen wollen wir einen genauen Blick auf die Revolution in Ägypten werfen. Zum anderen möchten wir uns aber auch am Beispiel des Krieges in Libyen mit dem Eingreifen des Westens beschäftigen.

4. Thema: 10 Jahre Krieg in Afghanistan: wie weiter für die Friedensbewegung?

Im September 2001 begannen USA und anderen NATO-Staaten den Krieg gegen Afghanistan. Die Bilanz ist verheerend. Im ersten Halbjahr 2011 starben durch den Krieg mehr Zivilisten als je zuvor. Wir möchten Bilanz ziehen und über die Proteste anlässlich der Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 in Bonn informieren.

Außerdem: Friedenspolitischer Stadtrundgang in Tübingen

Kommunalpolitischer Spaziergang durch ehemalige militärische Liegenschaften der französischen Armee als Beispiel für friedliche Konversionsmöglichkeiten.

Das heißt für DIE LINKE auf allen Ebenen wieder verstärkt mit den sozialen Bewegungen und den Beschäftigten in diesen Industriebereichen zusammenzuarbeiten. Wir müssen auch über die verschiedenen politischen Ebenen unsere Aktivitäten besser koordinieren und abstimmen. Damit können wir eine bessere öffentliche Wahrnehmung erreichen. Denn wenn Initiativen aus der Fraktion heraus z.B. zu Hartz-IV im ganzen Land über die Kommunalparlamente weiterbearbeitet werden, wird dies auch im „Ländle“ wahrgenommen. Dies gilt natürlich auch umgekehrt.

Unsere Politik muss Menschen im täglichen Leben erreichen. Deshalb brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit im Land.

Karin Binder, MdB, DIE LINKE. Karlsruhe



Bodenseekreis wechselt zu günstigerem Postdienstleister – Salerno warnt vor Lohn-Dumping

www.see-online.info, die Online-Zeitung für den Bodensee, berichtet:

BODENSEEKREIS. Kreistagsmitglied Roberto Salerno (Die Linke) ist empört. Der Bodenseekreis will Porto sparen und wechselt, wie der Kreisrat berichtet, zum günstigeren Postdienstleister Südmail. „Durch Beschluss des Kreistages ist der Postversand von der Bundespost zur Südmail GmbH beschlossen, ein Millionenauftrag“, so Salerno. Das Kreistagsmitglied kritisiert, dass der Bodenseekreis damit die Ausweitung des Niedriglohnssektors unterstütze. „Dies ist eine unverständliche Handlung aus den Beschlüssen der Haushaltsstrukturkommission“, so Salerno.

Mehrheit des Kreistags nickte Wechsel ab

Was den Kreisrat noch mehr empörte: Außer von Roberto Salerno, Die Linke, habe es keine Gegenrede zu diesem Be-



Kreisrat Roberto Salerno (Die Linke)

Heike Hänsel MdB unterstützt JournalistInnen-Streik: Heike Hänsel unterschrieb am 21. Juli vor dem Jahresempfang im Landratsamt Tübingen in der UnterstützerInnenliste der streikenden JournalistInnen des „Schwäbischen Tagblatts“ und „Reutlinger Generalanzeigers“ und wünscht den KollegInnen viel Kraft und Erfolg in ihrem Arbeitskampf! Unterstützen kann man die streikenden KollegInnen unter <http://www.facebook.com/Streiktagblatt> (Foto: danke an „Tagblatt und Neckar-Chronik im Streik“ für die freundliche Genehmigung)

schluss gegeben und das obwohl Grün-Rot auf Landesebene im Koalitionsvertrag Tarifreue vereinbart hätten, so das Kreistagsmitglied. Salerno behauptet: Der neue Postdienstleister beschäftige überwiegend Menschen in Mini-Jobs.

Untere Lohngruppen verlieren

Beschäftigte im Niedriglohnssektor, auch Mini Jobber, seien die Verlierer des Aufschwungs und haben in den letzten Jahren ein Fünftel ihres Realeinkommen eingebüßt, so der engagierte Gewerkschafter und freigestelltes Mitglied im Betriebsrat der ZF. Salerno bezieht sich mit seiner Aussage auf Medienmeldungen der vergangenen Woche, in denen Zahlen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht worden sind. Diese besagen, dass der durchschnittliche Reallohn in Deutschland gegenüber 2000 um 2,5 Prozent gesunken ist. Die untersten Gruppen war mit zehn bis 22 Prozent besonders betroffen.

Linker möchte bei Post bleiben

„Betroffen sind vor allem Frauen“, so Salerno. Die Linke verurteile diesen Beschluss, weil damit tariflich bezahlte Arbeitsplätze bei der Post gefährdet würden. Die Beschäftigten im Niedriglohn seien gezwungen, Hilfe zum Lebensunterhalt, Harz IV, beim Landratsamt zu beantragen. „Wir Steuerzahler“, so Salerno, „zahlen die Einsparung in der einen Tasche aus der anderen“. Salerno forderte, der Kreistag sollte sich stattdessen für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro einsetzen, wie

ihn Die Linke fordere, statt „auf dem Rücken der Armen“ zu sparen.

www.see-online.info, wak, 25.6.2011

Linke fordert Neuanfang in der Behindertenpolitik

Die Linke in Baden-Württemberg wendet sich gegen die Absicht der Landesregierung, einen Landesbehindertenbeauftragten zu berufen, ohne die Behinderteninitiativen und -verbände in die Entscheidung einzubeziehen. Damit vergibt die grün-rote Koalition die Chance auf einen echten Neuanfang in der baden-württembergischen Behindertenpolitik und fällt hinter ihre Versprechungen im Koalitionsvertrag zurück.

Die Linke steht uneingeschränkt hinter dem Wunsch von Menschen mit Behinderungen, sich nach dem Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ selbst zu vertreten. Der oder die künftige Behindertenbeauftragte muss unabhängig sein und selbst oder als Angehöriger zum Kreis der Betroffenen gehören. Er braucht eine hauptamtliche Stelle, Zuarbeit und genügend finanzielle Mittel, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Ehrenamtlich sind die hohen Anforderungen, die unter anderem mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf das Land und seinen Behindertenbeauftragten zukommen, nicht zu bewältigen.

Antje Claaßen-Fischer und Gotthilf Lorch; LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN Baden-Württemberg, 27. Juli

LINKE Stadträte setzen sich für den Erhalt der LBBW-Wohnungen in öffentlicher Hand ein

Die Stadträte der LINKEN, Hasso Ehinger aus Heilbronn und Carsten Labudda aus Weinheim erklärten am 21. Juni 2011 zum geplanten Verkauf der Wohnungen der Landesbank:

Nachdem bei der Finanzkrise sichtbar wurde, dass sich auch die Landesbank BW erheblich verspekuliert hat und Milliardenverluste erlitten hatte, half die schwarz-gelbe Landesregierung der LBBW ohne zu zögern mit erheblichen Finanzspritzen.

Daraufhin forderte die EU, dass die LBBW mit dem Verkauf von 24 000 Wohnungen, die in ihrem Besitz sind, einen Eigenbeitrag zur Sanierung ihrer Finanzen leistet. Deshalb befürchten nun die Familien in 24000 Wohnungen, dass jetzt sie die Folgen der Finanzspekulationen der LBBW ausbaden müssen.

DIE LINKE hat von Anfang an deutlich gemacht, dass die Mieter nicht das Opfer der Finanzkrise werden dürfen. Das Land, das der Bank mit Milliarden Euros geholfen hat, muss nun auch den Mietern in den 24000 Wohnungen zur Seite stehen. Schutzschirme des Staates darf es nicht nur für Banken geben, sondern vor allem für Menschen die von den Folgen der Krise betroffen sind.

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wird auf Seite 57 zu Recht eine Privatisierung der LBBW abgelehnt. Auf S. 52 heißt es zu den betroffenen Mietern:

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Auflage der EU-Kommission zum Verkauf der von der LBBW-Immobilien-gruppe gehaltenen Wohnungsbestände sozial verantwortlich und mit dem Ziel nachhaltiger Bewirtschaftung umgesetzt wird. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang der soziale Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen. An potenzielle Käufer haben wir die Erwartung, dass sie bereits Erfahrungen auf den baden-württembergischen Wohnungsmärkten gesammelt und sich als verlässliche Partner der Kommunen engagiert haben.“

Das klingt gut, ist aber viel zu unverbindlich.

Die linken Stadträte Hasso Ehinger (Heilbronn) und Carsten Labudda (Weinheim) fordern die Landesregierung auf, mit Mitteln der Landesstiftung eine Auffanggesellschaft für die 24000 Wohnungen schaffen und danach mit den betroffenen Gemeinden verhandeln, ob sie die Wohnungen übernehmen können oder eine sozial engagierte Wohnbaugesellschaft haben, die die Wohnungen übernehmen kann.



Zehntausende beteiligten sich am vergangenen Samstag an der CSD-Polit-Parade 2011 in der Stuttgarter Innenstadt. Über 60 kreative Formationen mit 3000 Aktivistinnen der schwul-lesbischen Community zeigten Gesicht für rechtliche Gleichstellung und die Überwindung staatlicher und alltäglicher Diskriminierung. Mit dabei: DIE LINKE und Linksjugend [solid]. Zahlreiche Zuschauer reckten beim Anblick der Überraschungsgäste Che Guevara und Rosa Luxemburg auf dem linken Parade-LKW begeistert die Fäuste in den Himmel.

Linke Rottenburg: Keine Erhöhung der Elternbeiträge!

Dr. Emanuel Peter, Stadtrat Die Linke in Rottenburg begründete am 5. Juli 2011 im Gemeinderat, warum er eine Erhöhung der Kita-Gebühren ablehnt.

Zum zweiten Mal innerhalb von 15 Monaten sollen wir heute über eine Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas beraten. Jedes Mal werden uns dafür unterschiedliche Begründungen geliefert. Die erste Erhöhung wurde mit der Anpassung an einen Landesrichtsatz gerechtfertigt, der nur für konfessionelle Kindergärten verpflichtend ist, nicht aber für kommunale. Keine Kommune muss sich an diesen Landesrichtsatz halten! Die zweite Erhöhung wird jetzt mit erweiterten Betreuungszeiten gerechtfertigt. Sie werden in der Tat von Eltern benötigt, von denen man hohe Flexibilität bei den Arbeitszeiten verlangt, z.B. beim geteilten Dienst in öffentlichen Einrichtungen.

Die jetzigen Erhöhungen führen dazu, dass die Gebühren zwischen 2009 und 2012 im Durchschnitt um 12 bis 15 Prozent angehoben werden. Das ist völlig realitätsfremd. Angesichts der mageren Bruttolohnerhöhungen in den letzten Jahren und dem Ausbau des Niedriglohnssektors ist das völlig realitätsfern. Die aktuelle Rentenerhöhung von einem Prozent richtet sich nach der offiziellen Lohnerhöhung im Jahr 2010. Jetzt müssen sogar die Journalisten streiken, um Lohnkürzungen von 25 Prozent zu verhindern.

Beim Ausbau der Kita-Plätze für Unterdreijährige und beim Orientierungs-

plan hat die vorige Landesregierung schwere Versäumnisse begangen und durch die Verletzung des Konnexitätsprinzips die Finanznot der Kommunen verschärft. Für diese Fehler dürfen jetzt nicht die Eltern verantwortlich gemacht werden!

Grundsätzlich gehen BfH/ Die Linke davon aus, dass Kindererziehung und Bildung gesellschaftliche Aufgaben zur Herstellung von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind. Dies ist einhellige Meinung von der UN-Kinderrechtskonvention über die Bertelsmann-Stiftung bis zum Bildungs- und Teilhabegesetz der Ministerin Frau von der Leyen. Diese gesellschaftliche Verantwortung muss sich in der Gebührenfreiheit der Kitas ausdrücken – die Lebenschancen der Kinder dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Doch wir lehnen diese Gebührenerhöhung nicht nur aus prinzipiellen Gründen sozialer Gerechtigkeit ab. Die aktuelle Erhöhung ist aus mehreren Gründen völlig überflüssig und schädlich.

Erstens führt der Gemeinderat seit Monaten eine Diskussion über Kaufkraftbindung und rechtfertigt damit u.a. den neuen Gewerbepark Dätzigweg. Für die erhöhten Kita-Gebühren sollen die Eltern allein im nächsten Haushaltsjahr ca. 240000 Euro mehr zahlen. Was hier stattfindet, ist keine Kaufkraftbindung, sondern eine Kaufkraftvernichtung auf Kosten von Eltern, Kindern und dem Rottenburger Handel. Statt Kaufkraft zu vernichten, treten wir deshalb ein für eine Verbesserung der Kaufkraft

durch ein gebührenfreies Kita-Jahr. Davon haben sowohl die Eltern als auch der Handel etwas!

Zweitens hören wir seit Monaten von der Berliner Regierung nichts anderes als, dass wir uns im „Aufschwung“ befinden. Dieser Aufschwung ist mühsam erarbeitet und erwirtschaftet worden von den Beschäftigten und hat in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zu 18 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen geführt. Besonders sprunghaft ist der Anstieg der Lohnsteuer von 16 Prozent. Für Rottenburg werden sich die Einnahmen 2011 um 5,7 Mio. Euro verbessern. Es ist verdammt noch einmal Zeit, dass die Beschäftigten mit ihren Kindern jetzt etwas von diesem Aufschwung merken und sie daran teilhaben. Am sinnvollsten ist es, dies in Form von nachhaltigen sozialen Investitionen zu leisten, indem diese für die Zukunft der Kinder und unsere Gesellschaft eingesetzt werden. Wann, wenn nicht in Zeiten des Aufschwungs, muss in die Zukunft unserer Kinder investiert werden? Deshalb ist die geplante Gebührenerhöhung nichts anderes als ein Betrug der Beschäftigten am Aufschwung!

Drittens und letztens: Wer behauptet, dass der Aufschwung zur Haushaltskonsolidierung gebraucht würde, soll sich das Geld bei denen holen, die die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben und bis heute selbst ihre Spekulationsverluste steuerlich absetzen können. Unsere Fraktion hat bereits beim letzten Haushalt Anträge gestellt zur Konsolidierung des Haushalts, denen der Gemeinderat mit großer Mehrheit zugestimmt hat. Die jetzigen Kita-Erhöhungen von 240.000 Euro sind völlig überflüssig, wenn Herr Oberbürgermeister sich mit Nachdruck für die Auszahlung der beantragten Gelder durch die Landesregierung einsetzt. Wer den Orientierungsplan und einen besseren Betreuungsschlüssel verordnet, muss auch finanziell dafür aufkommen.

Aus all diesen Gründen fordern wir einen Verzicht auf die jetzige Gebührenerhöhung als ersten Schritt in Richtung gebührenfreier Kitas und mehr soziale Gerechtigkeit.

OB Palmer erhöht Kinderbetreuungsgebühren

Die Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat lehnt die geplante Erhöhung der Kitagebühren ab. Das ist die zweite Erhöhung innerhalb eines Jahres, insgesamt sind das bis zu 16 Prozent. Die erneute Erhöhung wurde im Februar mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung begründet. Inzwischen sprudeln die Steuereinnahmen wieder.

Dennoch werden die Eltern belastet. Insbesondere Eltern mit niedrigem Einkommen sind benachteiligt. Wer

hat schon 16 Prozent Gehaltserhöhung? Schlimm genug, dass sich die SPD im Land bei den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen nicht durchsetzte, Wortbruch beging und sich nicht an ihr Wahlversprechen hält, ein gebührenfreies Kindergartenjahr einzuführen. Wenigstens sollte sie sich jetzt in Tübingen nicht an weiteren Erhöhungen beteiligen.

Gerlinde Strasdeit, Linke-Stadträtin

„Wenn nicht jetzt, wann dann“

Erklärung von Stadtrat Friedhelm Hoffmann (DIE LINKE) am 21.7.2011 im Kornwestheimer Gemeinderat zur Erhöhung der Kindergartengebühren

Vor zwei Jahren gab es in Kornwestheim einen programmatischen Konsens in der Frage, wie in Zukunft mit den Kindergartengebühren umzugehen sei.

Sowohl SPD, als auch Grüne und DIE LINKE vertraten bis dato gemeinsam die Auffassung, dass als eine wichtige Voraussetzung für gleiche Bildungschancen vom Kindergarten bis zur Uni die Gebührenfreiheit in diesen Einrichtungen eingeführt werden muss.

Initiiert von der SPD, war es einheitliches Ziel der drei Parteien in Kornwestheim, als Übergangslösung zur Erreichung des Fernziels „Gebührenfreiheit“ zunächst zumindest die alljährlichen Erhöhungen nach dem Landesrichtsatz zu verhindern.

Zusammen mit Teilen der Fraktion FW/FDP gelang dies dann ja auch in den letzten zwei Jahren.

Es ist sehr schade, dass sich nun eine Fraktion, die dieses Projekt auch landesweit als „Leuchtturm“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, aus diesem Konsens verabschiedet.

Offensichtlich sind sie dabei, ihre Ziele aus den Augen zu verlieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die SPD daran erinnern, was in ihrem Kommunalwahlprogramm steht: „Bildung muss frei sein. Keine Gebühren für die Bildung vom Kindergarten bis zur Universität.“

Und noch eine kleine Erinnerung, Herr Dr.Habenicht: Aus Anlass der erfreulichen Nachricht, dass Kornwestheim in diesem Jahr finanziell besser ausgestattet ist als erwartet, haben Sie in einer Stellungnahme für Ihre Fraktion hervorgehoben, dass man dieses Geld doch, ich zitiere: „für sinnvolle Investitionen“ nutzen könne.

Innerlich hatte ich bereits frohlockt und damit gerechnet, dass auch in diesem Jahr die Erhöhung verhindert werden könne und vielleicht auch zusammen mit Ihnen ein kleiner Schritt in Richtung des Fernzieles „Gebührenfreiheit“ gemacht werden könne. Doch da habe ich mich wohl getäuscht.

Ich bedauere es ausdrücklich, dass sich die SPD und die FW mit einem fragwürdigen Kompromiss von ihren Zielen verabschieden.

Halte ich es für durchaus sinnvoll, einen Teil der freigewordenen finanziellen Ressourcen für eine weitere Einfrierung der Gebühren zu verwenden. Ich möchte nochmal daran erinnern, dass es hier um die exorbitante Summe von ca.40.000 € geht.

Vertrete auch ich die Auffassung, dass man das Personal in den Einrichtungen aufstocken muss, wenn die Qualität der Erziehung gefährdet ist. Diesen Mangel jedoch mit einer Gebührenerhöhung zu verbinden, halte ich für sehr problematisch, da nach meiner Auffassung die Qualität nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Gebührenerhöhung stehen muss und darf.

In Abwandlung des Handball-WM-Songs von 2007 frage ich daher: *Wenn nicht jetzt, wann dann / Wenn nicht hier, sag mir wo und wann / Wenn nicht wir, wer sonst? / Es wird Zeit...*

Es wird Zeit, auch diese Erhöhung abzulehnen

Rabiate Partei der Aufsteiger und Parvenüs

„Die Klassifizierung durch die Schule ist eine legitimierte und wissenschaftlich ausgewiesene soziale Diskriminierung.“ (Pierre Bourdieu) Die Alternative „länger gemeinsam lernen“ ist in Tübingen seit vorgestern tot. 11 Millionen für das Uhlandgymnasium bedeuten: Das Modell der französischen Schule (5 Millionen) ist begraben. SPD und Grüne haben aus dem Sieg der Hamburger Wutbürger, dem Bürgerentscheid gegen die Gesamtschule, „gelernt“ und setzten sich in Tübingen an die Spitze der reaktionären Bewegung. Das Lob der FDP war Ihnen am Montag gewiss. Die neue Landesregierung wage nicht, das Gymnasium anzutasten.

So wird es in Zukunft aussehen: Zwei Restschulen werden zusammengekippt und dürfen sich dann Oberschule nennen, nicht ohne feine Ironie: Seit wann steht der Oberfeldweibel über dem Hauptfeldweibel? Mit dem Wegfall der Schulempfehlung flieht, wer irgendwie noch laufen kann, ins Gymnasium. Dann wird eben dort lustig weiter klassifiziert und separiert. Elitezug, humanistisches Gymnasium ohne Latein und Griechisch, aussieben über bilinguale Züge. Wenn nichts mehr hilft, separiert der „Rassismus der Intelligenz“ (Bourdieu) eben über ein türkisches Gymnasium oder einen islamischen Kindergarten. Die SPD-Kultusministerin hat sich gewundert, weshalb der Antrag auf einen Schulversuch, mit längerem gemeinsamem Lernen (Französischen Schule), nach dem Regierungswechsel nicht auf

ihren Schreibtisch kam. Sie hätte gerne ihre Zustimmung gegeben. Das glaube ich ihr. Zusammen mit der CDU hätte die SPD auch ein verpflichtendes und kostenfreies Kindergartenjahr durchsetzen können. Mit den Grünen, der neuen rabiatischen Partei der Aufsteiger und Parvenüs, geht so etwas nicht. Statt Gleichheit aller (kostenfreie Bildung) fordern sie „Qualität“, nur für ihren Nachwuchs.

Sparen bei anderen, Subventionen satt und Hunderte von neuen Posten für die eigene Klientel. „Das Bürgertum jammert, wenn ihre Kinder länger mit anderen Kindern zusammen lernen sollen: das hindere die lernwilligen Kleinen an der Leistung!“, schrieb Alain Posener (Autor der „Welt“) wie über das grüne

Freiburger Kulturhauptstadtbewerbung: Der OB irrt!

Soll sich Freiburg als Kulturhauptstadt bewerben? Der Oberbürgermeister Salomon (Grüne) ist inzwischen dagegen; im Gemeinderat findet derzeit noch eine Meinungsbildung statt. Die Unabhängigen Listen sind dafür, hier die Begründung:

Nicht nur die zuletzt ausgesprochene Rüge für Oberbürgermeister Dieter Salomon im Kulturausschuss ist Ausdruck eines eigenen Willens, den die Gemeinderatsmitglieder beim Thema Kulturhauptstadt jetzt entwickeln. Leider ist viel Zeit verstrichen, und das Grundlagenpapier des Kulturamtes wurde in ungebührlicher Weise vom OB nach dem Hearing zerpfückt. Gerüchte besagen, dass der OB nach dem Hearing, zu dem er sechs auswärtige Experten und eine Expertin eingeladen hatte, eigentlich sehr angetan war von den ausgezeichneten Statements. „Er habe da eine Idee bekommen, wie es gehen könnte. Die sei aber nicht durchsetzungsfähig“, heißt es aus dem Umfeld des OB. Nachdem er von Anfang an jeden Versuch verhindert hat, die Idee der Kulturhauptstadt breiter in die Öffentlichkeit zu tragen (keine Amtsblattveröffentlichung, keine Veranstaltungen, nichtöffentliches Hearing usw.), will er nun die Bewerbung einfach abwürgen. Aber er unterschätzt die inzwischen angelaufene Mobilisierung. Es hat sich eine Bürgerinitiative ‚Pro Kul-

Spießbürgertum in Tübingen. Es wolle „...möglichst früh ihre Kinder von den Schmuttelkindern trennen und auf eine Schule bringen, wo sie ohne allzu große Anstrengung die Berechtigung erhalten, sich weitere sechs Jahre auf Staatskosten ausbilden zu lassen, damit sie Rechtsanwältinnen, Ärzte, Professoren und so weiter werden können – oder eben Landtags- und Bundestagsabgeordnete, die weiterhin dafür sorgen, dass die Allgemeinheit das ‚gegliederte‘ Schulwesen, sprich gute Schulen für die da oben, schlechte Schulen für die da unten, erhält und bezahlt.“

Anton Brenner, Stadtrat der Tübinger LINKEN; *Mittwochspalte am 27. Juli im Schwäbischen Tagblatt, Tübingen*

turhauptstadt‘ gegründet, die sich mit geballter Kraft die Bewerbung und die Information darüber auf ihre Fahnen geschrieben hat. Auch ‚kulturmachtreich‘ wird sich jetzt der Bewerbung annehmen und startet eine Initiative. Es geht nicht um eine Leitidee „Kultur und Ökologie“, der sich alles unterzuordnen hat, es geht um die Frage, welches Interesse könnte Europa an der Bewerbung Freiburgs als Kultur- und Bürgerstadt haben? Die Antwort ist vielschichtig und dann in eine Leitidee zu gießen.

Es wird sich zeigen, dass der Gemeinderat nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürgern und breiten Kreisen der Stadtgesellschaft die inhaltliche Leitidee findet. Dabei muss das Hearing in aller Ausführlichkeit ausgewertet werden. Die Zukunft der Stadtgesellschaft und das (Über)leben Ihrer Bürger/innen werden ebenso eine wichtige Rolle spielen wie das Stadtjubiläum mit 900 Jahren Kulturgeschichte. Es darf nicht um parteiliche Ausrichtung gehen! Was wir brauchen ist Mut und Lust, in das Bewerbungsverfahren einzusteigen, möglichst bald, die inhaltliche Diskussion gehört schon zur Bewerbung! Die UL3 ist bereit! Übrigens: Sonderburg, eine dänische Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern, bewirbt sich um die Kulturhauptstadt 2017 ...

Stadtrat Atai Keller, 14. Juli 2011

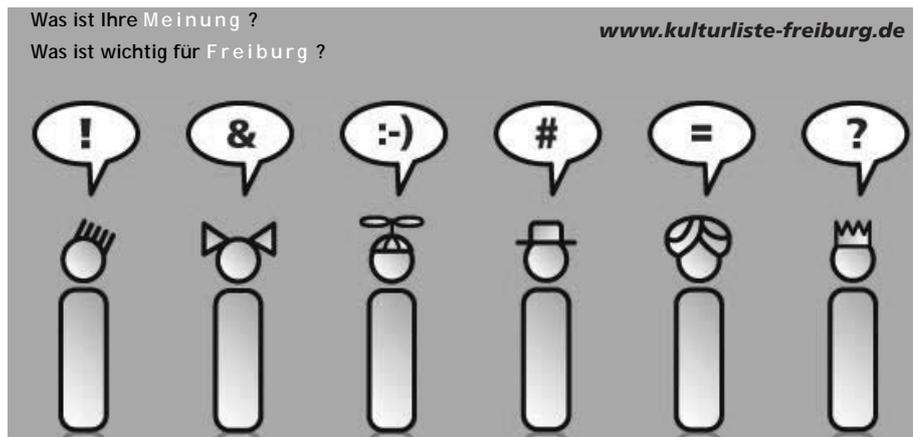
Freiburg: Wagenburg soll geräumt werden, Unabhängigen Liste vermittelt

Alternative und Protest-Bewegungen haben im „grünen“ Freiburg Gegenwind wie nie. Ihre Anliegen werden politisch unterdrückt, sie werden kriminalisiert und ordnungspolitisch reglementiert. So geht es den „Gipfel-Protesten“ um Sambasta, der KTS (autonomes Zentrum), den Kritiker/innen des Papstbesuchs und den Wagenburgen. Ende Juli nun müssen die Besetzer/innen des Eingangsgrundstücks im Vauban für den Baubeginn des „Stadthaus Vauban“ den Platz räumen. Nur wohin mit den 30 Wagen und ihren Bewohner/innen, sie können sich schließlich nicht in Luft auflösen? Die Unabhängigen Listen (UL) fürchtet Schlimmes und will das verhindern:

So läge es nahe, Sondernutzungsflächen auszuweisen, um eine Entkriminalisierung dieser Wohnform zu erreichen. Laut Deutschem Städtetag versuchen mittlerweile die meisten Städte, das Leben in Wagen zu tolerieren und schaffen entsprechende Siedlungsbedingungen, so z.B. Karlsruhe, Tübingen, Münster. Freiburg hat einen einzigen legalen Wagenplatz im Eselswinkel. Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit dieser angeblich offenen und liberalen Stadt sind seit Jahren nicht bereit, weitere Plätze zu ermöglichen. Die politische Blockadehaltung im Rathaus hat auch zur Folge, dass keine privaten Grundstücksbesitzer/innen gefunden werden, die ihre Gelände an Wagenburgen verpachten wollen. Was dabei herauskommt, wenn die Politik gesellschaftliche Realitäten ignoriert und keinen Konsens sucht, erleben wir immer wieder: der einen Seite bleibt weiter nur das Mittel der Besetzung von Grundstücken, während die andere Seite über kurz oder lang auf freiwillige und danach polizeiliche Räumung dringt. An diesem Punkt scheinen nun auch die Gespräche zwischen Stadtverwaltung und den Rhinos (so nennen sich die Bewohner der Wagenburg) angeht zu sein. Nachdem lange Zeit der Eindruck erweckt wurde, dass die Stadt Interesse an einer einvernehmlichen Lösung hat, deutet jetzt vieles darauf hin, dass wieder einmal zum Mittel polizeilicher Räumung gegriffen werden soll.

Unsere Fraktion will alles dafür tun, eine gewaltsame Aktion zu verhindern. Da die Besetzer/innen trotz intensiver Bemühungen bisher kein Ersatzgrundstück gefunden haben, fordern wir von der Stadt die Schaffung einer Übergangslösung. Wir unterstützen die derzeitigen Vermittlungsbemühungen der bürgerschaftliche Initiative für die Rhino-Wagenburg und dringen auf eine Debatte im Gemeinderat am 26.7. für eine friedliche Lösung.

Stadträtin Irene Vogel, 29. Juni 2011



Landkreis Konstanz: Linke für kommunales Krankenhaus

Einen Tag nach dem Konstanzer Kreistag hat nun auch der Singener Gemeinderat am 26. Juli die Weichen in Richtung regionaler Klinikfusion gestellt. Einstimmig votierte das Gremium für das Eckpunktepapier, das die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft vorsieht, in der der Kreis 51 Prozent, Konstanz und Singen jeweils 23 Prozent halten sollen. Stockach hingegen will eigene Wege gehen. Hier entschied sich der Gemeinderat am 27. bei einer Gegenstimme gegen die Beteiligung an der Kreisfusion. Man will stattdessen künftig ein eigenständiges städtisches Krankenhaus, das medizinisch mit den Kreiskliniken Sigmaringen kooperieren soll. Wir dokumentieren im Folgenden den Redebeitrag, den Linke-Kreisrat Michael Krause auf der Kreistagssitzung gehalten hat:

Die Linke im Landkreis steht hinter einem kommunalen Krankenhaus. Gerade die kreisweite Lösung stellt unsere Krankenhäuser auf eine sichere Grundlage. Aber auch das Risiko und die Verantwortung werden endlich auf alle Schultern im Landkreis verteilt und die bisherigen Trägergemeinden finanziell entlastet.

Gerade diese Konstruktion sichert die Krankenhäuser in kommunaler Hand und macht eine Privatisierung viel schwieriger, auch wenn diese Möglichkeit noch nicht voll ausgeschlossen ist.

Dennoch gibt es noch viele Verbesserungen, die bei den nächsten Verhandlungen mit beachtet werden sollte,.

1. Es gibt bisher keine Klärung, was denn nun eine Grundversorgung umfasst oder wie wir im Landkreis aufgestellt sein müssen, um eine flächende-

ckende medizinische Grundversorgung zu sichern. Denn nur so gibt es auch eine Standortsicherheit für einzelne Krankenhäuser.

2. Dies würde auch Stockach eine Sicherheit im Verbund geben. Denn bisher scheint das Interesse aus dem Kreistag, aber auch aus Konstanz und Singen gering zu sein, Stockach mit ins Boot zu holen. Wir müssen hier im Kreistag an den gesamten Landkreis und seine Bürger denken, das betrifft auch die ländliche Region um Stockach.

3. Den Ausschluss von Zuschüssen für die Holding kann man nicht als vorausschauendes Denken bezeichnen. Es ist überhaupt nicht vorhersehbar, wie sich das Gesundheitssystem verändert. Es kann durchaus möglich sein, dass wir in der Zukunft zusätzlich Geld in die Hand nehmen müssen, um eine medizinische Grundversorgung im Landkreis zu sichern.

4. Der wirtschaftliche Grundgedanke geht mir eindeutig zu weit. Wir können die Gesundheit unserer Bürger oder sogar ihr Überleben nicht nur nach wirtschaftlichen Zwängen ausrichten. Wenn ich Ihnen hier das Beispiel mit den Frühgeburten nennen darf. Wenn es nach der Bundesregierung geht, können zukünftig kleine Krankenhäuser diese Behandlungen nicht mehr anbieten, was ein sehr großes Risiko für Mutter und Baby bedeutet. Entscheidungen über das Überleben fallen hier in wenigen Minuten. Also besteht hier keine Möglichkeit, auf Krankenhäuser außerhalb des Landkreises auszuweichen.

Also: Wollen Sie solchen Menschen sagen, dass ihr Kind oder Partner sterben muss, da aus wirtschaftlichen Gründen diese Station nicht haltbar ist? Aus

diesem Grund muss durchaus auch ein medizinischer Mindeststandard erarbeitet werden, den wir politisch im Landkreis brauchen, auch wenn dieser in Zukunft einen Zuschuss aller Eigentümer zur Folge hat.

Gesetzlich ist der Kreis zwar in der Pflicht, eine medizinische Grundversorgung sicherzustellen, aber bisher gibt es meines Wissens keinen Landkreisbericht, der diese Mindestanforderungen zusammenfasst. Hier ist der Landkreis in der Pflicht.

Neues Polizeikonzept in Stuttgart-Bad Cannstatt?

In einer Anfrage will die Stadträtin Ulrike Küstler (Linke) wissen, ob die Polizei bzw. das Ordnungsamt gezielt Personen verfolgt, die in der Öffentlichkeit Alkohol konsumieren, und damit die bisherige Linie der Konfliktlösung durch Sozialarbeit verlässt.

Am Freitag, 8. Juli, kurz nach 18 Uhr, traf ich vor dem Cannstatter Bahnhof eine größere Ansammlung von Menschen, die vermutlich zur Armutsszene gehören, und Polizei in größerer Zahl. Die Stimmung war gereizt, es gab laute Diskussionen. Ein Polizist goß eine Getränkeflasche aus, in der vermutlich Alkohol war.

Auf meine Nachfrage wurde mir von Polizisten und anderen Anwesenden gesagt, die Polizei habe auf Alkohol und Drogen kontrolliert und Platzverweise erteilt. Ab morgen, also ab Samstag 9. Juli, werde die Polizei schriftliche Platzverweise austeilen. Dies sei eine neue Maßnahme zur Verhinderung einer Alkohol- und Drogenszene in Bad Cannstatt.

Ich war und bin der Meinung, dass sich im öffentlichen Raum jedermann/jedefrau aufhalten kann, wenn nicht die öffentliche Ordnung gestört wird. Das gilt insbesondere auch für Cannstatter Einwohner/-innen. Es gibt meines Wissens kein Verbot, im öffentlichen Raum Alkohol zu konsumieren. Auch das Erscheinungsbild von Leuten, das vielleicht nicht allen gefällt, ist kein Grund zu polizeilichen Maßnahmen.

In Bad Cannstatt gibt es den Runden Tisch, der die Tätigkeit der Sozialarbeiter/-innen und der Polizei begleitet, die eine friedliche Situation in Bad Cannstatt sicherstellen, ohne die Bürgerrechte von Leuten zu beeinträchtigen. Hier waren zuletzt gute Erfolge dargestellt worden.

Darum bitte ich um einen mündlichen und schriftlichen Bericht des Ordnungsamtes bzw. der Polizei über den Anlass und das Ziel des dargestellten Einsatzes. Weiter bitte ich um Information über das angeblich neue Verfahren von schriftlichen Platzverweisen.

Offenburg: Faschisten planen erneut Aufmarsch

Wie bereits im letzten Jahr geschehen, soll es auch 2011 wieder einen Aufmarsch von Neonazis in Offenburg geben. Angemeldet wurde die Veranstaltung für den 22. Oktober, den Tag, an dem vor 71 Jahren badische und pfälzische Juden ins Konzentrationslager Gurs verschleppt worden sind. Auf ihrer eigens dafür geschaffenen Homepage weisen die Faschisten ausdrücklich darauf hin, dass das Datum nun von ihnen speziell dafür ausgewählt wurde. Weiterhin wird bereits damit „gedroht“, diesen Tag in den folgenden Jahren regelmäßig für Demonstrationen und Kundgebungen in Offenburg nutzen zu wollen!

Es bleibt abzuwarten, ob verantwortliche Stellen in Stadt und Land diesen Aufmarsch, welcher offiziell

unter dem Motto: „Ohne Bauernstand stirbt unser Vaterland – nur regional ist national“ steht, verbieten werden. Dies steht, gerade nach den oben genannten Äußerungen zum 22. Oktober 1940, zu hoffen und zu wünschen.

Unabhängig davon werden jedoch wieder Hunderte von demokratischen Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße stehen, um sich dem braunen Mob entgegenzustellen und den Faschisten zu zeigen, dass für sie in unserer Gesellschaft kein Platz ist!

Denn auch diesmal gilt, wie immer und überall in Deutschland und der Welt: Kein Fußbreit den Faschisten! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

22. Juli 2011 Meldung, KV Ortenau, Aktiv vor Ort



Demonstration durch Stuttgart am 8. Juli aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums von Verdi Stuttgart. Bild: Verdi Stuttgart

Stuttgarter Aufruf, verabschiedet von der Konferenz „Wo bleibt mein Aufschwung“

Schluss mit der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung!

Am 9. und 10. Juli trafen sich in Stuttgart rund 150 Gewerkschafter und Aktivist*innen, um die Wirtschaftsentwicklung zu analysieren und über Perspektiven des Widerstands zu diskutieren. Aufgerufen hatte der Verdi-Bezirk Stuttgart und das bundesweite Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“. Die Teilnehmer verabschiedeten den folgenden Aufruf.

Die Krise ist nicht vorbei. Sie wird derzeit auf die Bevölkerung abgewälzt, aber sie wird dadurch nicht überwunden, sondern (im Gegenteil) verschärft reproduziert.

Der „deutsche Weg aus der Krise“, das „Krisenmanagement des Burgfriedens zum Nieder Konkurrieren anderer Volkswirtschaften“, löste die Probleme nur scheinbar und vorübergehend. Lohn- und Sozialdumping ermöglichen gewaltige Exportüberschüsse, aber sie führen zu massiven Kaufkraftverlusten.

Der „Export-Überschuss-Ausweg“ führt logischerweise zu unausgeglichene Handelsbilanzen und damit zu dramatischer Verschuldung der Importländer. Immer mehr Schulden werden aufgehäuft, die niemals zurückgezahlt werden können. Die erzwungenen Einsparmaßnahmen führen (in den Schuldnerländern noch mehr als in Deutschland) zu zusammenbrechender Massenkauftkraft. So wird auch der Export-Ausweg zugebaut und gleichzeitig die nächste Spekulationsblase aufgebaut. Die Krise kommt mit doppelter Wucht zurück, als Überproduktions- und als Finanzkrise.

Die Lasten tragen die Beschäftigten, deren durchschnittliche Realeinkommen dramatisch sinken. Doppelt betroffen sind viele, die in prekären Arbeitsverhältnissen landen.

Die Lasten tragen die Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger, denen ständig zunehmende Verarmung und neue Repressionen verordnet werden. Sie werden den (noch) Beschäftigten als abschreckendes Beispiel vorgeführt (was

dieses passiert, wenn sie nicht kuschen). Sie werden zugleich als potenzielle Billiglohn-Konkurrenz missbraucht.

Die Lasten tragen die Rentner und die Kranken. Alle, die auf soziale Kassenleistungen angewiesen sind. Die, deren Beiträge ständig steigen und deren Leistungsansprüche ständig sinken (Arbeitsrenten, Rente mit 67, Zuzahlungen bei Medikamenten...), weil diese Kassen leergehäutet werden. Sie werden nicht nur geleert, sondern bewusst nicht mehr aufgefüllt, indem die Unternehmer aus der paritätischen Finanzierung entlastet werden und Beamte, Selbstständige usw. nicht einbezogen sind.

Die Lasten tragen die Jugendlichen, die um Bildungs- und Zukunftschancen geprellt werden.

Die Lasten tragen die Steuerzahler, die per Regierungsbeschluss die Absicherung der Spekulationsgewinne garantieren und maximale Profitbedingungen subventionieren müssen.

Die Lasten trägt auch die Bevölkerung der Länder mit negativer Handelsbilanz, die massenhaft in die Verelendung getrieben wird. Griechenland z.B. wird derzeit ein massiver Ausverkauf öffentlicher Güter und Privatisierung der allgemeinen Daseinsvorsorge aufgezwungen. Geschöpft werden dadurch gerade die Menschen, die für die Staatsverschuldung nicht verantwortlich sind.

Nutznieser sind die Großbanken, die ihre Kassen füllen, indem sie sich ihren wertlosen Spekulationsschrott durch den Staat versilbern lassen. Mehr noch: Wir zahlen, aber die Verschuldung bleibt. So oft wir die Rechnung (als unfreiwillige Bürger) bezahlen, so oft wird sie den Schuldnerländern (und damit wieder uns als Garanten) neu präsentiert. Die Finanzhaie werden zu ständig noch größeren und riskanteren Spekulationen geradezu ermuntert.

Nutznieser sind die Großkonzerne, die sich jeden Investitions-Euro subventionieren lassen. Konzerne, die ihre Risiken auf die Allgemeinheit abwälzen

und sogar Unterauslastung öffentlich finanzieren lassen. Sie haben, die Gunst der Stunde (der Krise) nutzend, den gesamten Arbeitsmarkt aufgemischt. Sie haben mit massenhafter Prekarisierung einen weitgehend rechtlosen Billiglohn-Sektor installiert. Bereits mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze in Deutschland sind davon betroffen.

Nutznieser sind die Regierenden. Sie benehmen sich zunehmend wie mittelalterliche Steuereintreiber der im Hintergrund herrschenden Kaste. Sie sorgen bei ihren Gehältern und Diäten dafür, dass sie selbst nicht zu kurz kommen. Sie wechseln beliebig ihre Jobs. Mal sind sie regierende Handlanger, mal selbst und direkt Wirtschaftsmanager.

Alternativen sind möglich, aber nur, wenn sie erkämpft werden. Ohne massenhaften Widerstand wird es keinen Kurswechsel geben. Wirksamer Widerstand ist aber umgekehrt nur möglich, wenn klare Perspektiven und Ziele die Mobilisierung beflügeln.

Ökologischer Umbau: Die zunehmende Sensibilisierung, den Umgang mit der Umwelt betreffend, eröffnet Chancen. Chancen, dass von Deutschland wichtige Impulse zur ökologischen Gesundung ausgehen. Aber auch Chancen für Produktkonversionen in potenziellen Krisenbranchen (z.B. Autoindustrie). Dafür müssen öffentliche Mittel aufgewendet werden. Diese müssen aber öffentliches Eigentum bleiben und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

Öffentlich ist wesentlich! Die Wirtschaft funktioniert nur noch, weil staatliche Umverteilung von unten nach oben verordnet wird. Die Allgemeinheit bürgt und garantiert, subventioniert und bezahlt. Aber statt Aufbringung des privaten Wirtschaftseigentums durch die Allgemeinheit brauchen wir das Eigentum der Allgemeinheit an den entscheidenden Wirtschaftsbereichen. Es geht nicht zuletzt um die Überführung von Schlüsselindustrien und anderer wirtschaftsbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum. Marktbeherrschend sind vor allem auch die Großbanken und andere Institutionen der Finanzwirtschaft.

Schluss mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Namentlich alle Bereiche, die die *grundlegende Daseinsvorsorge* betreffen, müssen Gemeineigentum bleiben bzw. wieder werden.

Sozialsystem erhalten und ausbauen! Nicht „demographischer Wandel“ blutet die Sozialversicherungen aus, sondern staatliche Umverteilung des Reichtums. Gewaltige Produktivitätssteigerungen würden eine immer bessere Sozialversorgung ermöglichen, z.B. die Senkung der Lebensarbeitszeit (statt Rente mit 67). Es geht darum, die volle paritätische Finanzierung durch die

Betriebe durchzusetzen und alle Verdienenden in eine allgemeine Bürgerversicherung einzubinden. Es geht darum die Sozialkassen vor der Profitgier, z.B. der Pharma-Industrie zu schützen. Die Ansprüche der Versicherten dürfen nicht eingeschränkt, sondern müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Solidarität statt Burgfrieden

Reallöhne heben, Arbeitszeit senken, Tarifstandards verteidigen. Wir solidarisieren uns mit unseren Kolleg/Innen, die sich in Irland und Großbritannien, in Spanien, Portugal, Frankreich, Griechenland usw. gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren. Ihre Streiks und Massenaktionen sind uns Vorbild. Derzeit wird die griechische Bevölke-

rung mit einer unvorstellbaren (an Rassismus grenzenden) Hetzkampagne als Faulenzer und Schmarotzer abgestempelt. Dahinter stecken diejenigen, die von der griechischen Staatsverschuldung profitiert haben und profitieren, sie mit verursacht haben. Ihnen treten wir entschlossen entgegen. Unser wichtigster Beitrag der Solidarität muss aber sein, in Deutschland Schluss zu machen mit Lohn- und Sozialdumping und hier soziale Verbesserungen durchzusetzen.

Prekäre Arbeit abschaffen. Ungesicherte Arbeit hat viele Gesichter. Meist ist sie mit Billiglöhnen verbunden. Fast immer mit objektiver Rechtlosigkeit, die aus Angst um den unsicheren Arbeitsplatz resultiert. Die derzeit massenhaf-

teste Form ist die ausufernde Leiharbeit. Es genügt nicht, diese fair gestalten zu wollen. Sie muss abgeschafft werden, um die systematische asoziale Umkämpfung des gesamten Arbeitsmarktes zu stoppen. Der Kampf um gute, menschenwürdige Arbeitsbedingungen in regulären Arbeitsverhältnissen muss mehr in den Mittelpunkt gewerkschaftlichen Handelns gerückt werden.

Weg mit Hartz IV! Die staatliche Sozialgesetzgebung ist Teil der substanziellen Abschaffung sozialer und damit auch demokratischer Standards. Vor allem Hartz IV, aber auch alle anderen sozialen Verschlechterungen müssen zurückgenommen werden.



Von der LINKEN haben sich am 15. Juli an der Promiblockade gegen Stuttgart 21 u.a. Uli Maurer MdB, Karin Binder MdB, Michael Schlecht MdB (nicht im Bild), Annette Groth MdB, Landessprecher Bernd Riexinger und Landessprecherin Sybille Stamm sowie Roland Hamm beteiligt.

Bilder: Walter Kubach

Sybille Stamm

S 21 – Note mangelhaft für die Bahn

Argumente zählen nicht – das ist im sogenannten Stresstest des geplanten Tiefbahnhofs S 21 wieder einmal deutlich geworden. Verspätungen werden nicht abgebaut, der milliardenschwere Tiefbahnhof wird nicht barrierefrei, der Nahverkehr wird empfindlich eingeschränkt und die Sicherheit der Menschen ist nicht gewährleistet.

Während draußen auf dem Stuttgarter Marktplatz Tausende protestierten – darunter viele LINKE – zog Geißler drinnen im Rathaus ein sogenanntes „Friedenspapier“ aus der Tasche: ein bisschen Kopfbahnhof und ein bisschen Tiefbahnhof – das klingt wie „ein bisschen schwanger“..., das unverzüglich von den Bahnmanagern abgelehnt wurde. Einen Tag nach dem „Stresstest“ vergibt die Bahn millionenschwere Aufträge für den Tunnelbau – es soll alles umkehrbar gemacht werden.

Die Forderung des Aktionsbündnisses und der LINKEN nach einem sofortigen Bau- und Vergabestopp von weiteren Aufträgen wird arrogant ignoriert.

Wo käme unsere Republik hin, wenn eine demokratische BürgerInnenbewegung ein Milliardenprojekt stoppen wür-

de? Schon jetzt bezieht sich die neue Widerstandsbewegung in München gegen den Bau einer dritten Startbahn des Flughafens auf Stuttgart und ruft zu Recht „Lügenpack“. Es geht also um viel mehr als „nur“ um einen Bahnhof. Für die politische Klasse geht es darum, kein Beispiel für wirkungsvolle Demokratie von unten zuzulassen. In unserem Widerstand gegen S 21 geht es auch um eine grundsätzliche Frage, nämlich die demokratische Beteiligung derjenigen, die Betroffene sind und die am Ende alles bezahlen sollen, durchzusetzen. Das muss auf Teufel komm raus verhindert werden!

Der Widerstand wird weiter gehen, denn über S21 wird auf der Strasse und nicht in Berlin oder im Stuttgarter Rathaus entschieden! Die LINKE ist dabei! *Sybille Stamm, LINKEN-Mitglied im Aktionsbündnis gegen S 21*

LINKE fordert Änderung der Gemeindeordnung

Redeauszug von Bernd Riexinger am 24. Juli im Schlossgarten beim Konzert mit Konstantin Wecker und Hannes Wader:

CDU und die FDP haben genau gewusst, warum sie den Gesetzesentwurf zur

Absenkung des Quorums von 30 auf 20 Prozent im Landtag verhindert haben. Sie wissen genau, dass die Volksabstimmung für die Gegner nicht zu gewinnen ist. Bei einem knappen Ergebnis müssten bis zu 2/3 der wahlberechtigten Bevölkerung an die Urnen gehen, damit das Quorum von 1/3, die dagegen stimmen, erreicht werden kann. Das ist fast unmöglich und wurde in Baden-Württemberg noch nie erreicht. Auch auf diesem Spielfeld bestimmen unsere Gegner die Regeln und haben schon einen deutlichen Vorsprung, bevor wir es überhaupt betreten. Wir bleiben dabei: Die Region Stuttgart muss über die Tieferlegung des Bahnhofes abstimmen und nicht das ganze Land. Über die Strecke Ulm-Stuttgart kann das ganze Land abstimmen, denn hier ist nicht nur die Region betroffen. DIE LINKE hat übrigens einen Vorschlag zur Änderung der Gemeindeordnung gemacht, der Abstimmungen in jeder Stadt in der Region ermöglichen würde. Dafür würde eine einfache Mehrheit im Landtag genügen. Grüne und SPD haben im Jahre 2005 einen nahezu identischen Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht. Lasst uns dafür kämpfen, dass die Arena so ausgestaltet wird, dass zumindest Waffengleichheit zwischen den Gegnern und den Befürwortern besteht.

Karin Binder vor Ort:

Wie sicher und behindertengerecht sind die Bahnhöfe an der Rheintalbahn?

Karin Binder, Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe und Mitglieder der LINKEN aus Südbaden besichtigen am 4. August 2011 Bahnhöfe an der Rheintalbahn. Vor Ort werden die Bahnhöfe unter den Gesichtspunkten Sicherheit und Behindertengerechtigkeit in Augenschein genommen. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu schweren Personunfällen an der Strecke. Zuletzt entgleisten mehrere Waggons eines mit gefährlichen Chemikalien beladenden Güterzugs am Bahnhof von Müllheim. Die Stadt ging knapp an einer Katastrophe vorbei. DIE LINKE fordert grundsätzlich eine Auslagerung des Güterverkehrs auf ein ortsfernes drittes und viertes Gleis sowie einen sicheren, behinderten- und altengerechten Ausbau der Ortsbahnhöfe. Weitere Informationen und Anmeldung zur Tour bei gregor@karin-binder.de

Die Linke.SDS stellt sich landesweit auf

In Baden-Württemberg hat sich der linksparteinahe Studierendenverband Die Linke.SDS neu formiert. Bei der Landesmitgliederversammlung in Karlsruhe diskutierten die Studierenden über die politische Ausrichtung und die Perspektiven des Verbandes nach dem grün-roten Regierungswechsel. „Wir erwarten, dass Grün-Rot seine Verspre-



Die Parteivorsitzende Gesine Lötsch bei einer Veranstaltung des Linke.SDS an der Uni Mannheim am 26. Mai mit Julian Ferrat und Sarah Hermes.

chen einhält und die Studiengebühren zügig abschafft“, erklärt Julian Ferrat, der mit Daniel Anton und Axel Malsch die kommissarische Geschäftsführung des Landesverbandes bildet. „Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und die Bereitstellung von genügend Studienplätzen im doppelten Abiturjahrgang sind für uns die Gradmesser im Bereich der Hochschulpolitik“, so Ferrat weiter. Im Herbst plant der Landesverband eine Veranstaltungsreihe mit Studierenden aus den Protestbewegungen in Europa an zahlreichen Universitäten in Baden-Württemberg durchzuführen. Für das Sommersemester 2012 ist bereits ein landesweiter Aktions- und Bildungskongress angekündigt.

Landessprecher der [solid - Jugend erhält Preis

Sebastian Lucke, Landessprecher der [solid]-Jugend Baden-Württemberg hat am 25.7.2011 den Preis für studentisches Engagement der PH Ludwigsburg bekommen. Gefördert wurde das Projekt u.a. durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mannheim: LINKE trifft Bund der Selbstständigen (BdS)

Am 19. Mai. trafen Stadtrat Thomas Trüper und die beiden Bezirksbeiräte Steven Kunz und Roland Schuster mit einer fünfköpfigen BdS-Delegation unter Führung des Mannheimer Kreisvorsitzenden Dr. Hans-Jörg Fischer zu einem Gedankenaustausch zusammen. Für den BdS eine willkommene Gelegenheit, seine regelmäßigen Lobby-Treffen mit der Stadtverwaltungsspitze und den Mannheimer Parteien abzurunden, für die Linken eine Möglichkeit, die Ansichten dieser größten Vereinigung von Selbstständigen in Mannheim etwas besser kennen zu lernen.

Thema Nummer 1 natürlich: Die Gewerbesteuer im nächsten Doppelhaushalt. Klare Ansage des BdS, der auch Kleinunternehmer vertritt: „Wir haben keinen Bedarf an einem höheren Gewerbesteuerhebesatz!“. Dem gegenüber vertraten die LINKEN die Position, die sie schon bei den letzten Haushaltsberatungen einnahmen: Erhöhung des Hebesatzes von aktuell 415 Punkten auf den Stand des Jahres 2000: 430 Punkte.

Hauptkritik der Selbstständigen an der Gewerbesteuer ist die ungerechte Verteilung: Die Last tragen die kleinen Unternehmen. Die Großen schützen sich vor der Gewerbesteuer-Zahlungspflicht durch geschickte Organschaftsverträge mit ihren Tochtergesellschaften, so dass sich ggf. Verluste an einen Ort mit Gewinnen in Mannheim verrechnen. Ferner kritisiert der BdS die begrenzten Möglichkeiten, die Gewerbesteuer gegen Einkommensteuer aufzurechnen. Da nur Personengesellschaften einen Freibetrag

von 24.500 Euro beim zu versteuernden Gewinn haben, müssen die seit 2008 möglichen „Unternehmergesellschaften (haftungsbeschränkt)“, die sog. Mini-GmbHs mit 1 Euro Mindestkapital, ab dem ersten Euro Gewinn Gewerbesteuer zahlen. Auch dies kritisiert der BdS.

Gegen die Forderung der LINKEN, die Gewerbesteuer durch Einbeziehung der Selbstständigen in eine Gemeindewirtschaftssteuer zu überführen, zeigte der BdS keine Leidenschaft. Wichtig ist den Selbstständigen lediglich die Verrechnbarkeit mit der Einkommensteuer.

Gegenüber der Abneigung der Selbstständigen, nur ja nicht höher belastet zu werden, wiesen die Linken darauf hin, dass die Leistungen der Kommunen, auf die auch der Mittelstand angewiesen ist, eben nicht „fer umme“ zu haben sind. Übereinstimmung herrschte in der Einschätzung, dass auf jeden Fall „amerikanische“ Zustände vermieden werden müssen: Kommunen, in denen die Armut überhand nimmt und soziale Konflikte eskalieren, so dass sich besser situierte Menschen in Stacheldraht bewehrte Siedlungen zurückziehen.

Die Klagen über Gewerbesteuererhöhungen relativierten die BdS-Vertreter am Ende selbst. Sie wiesen auf die Vielfalt der Belastungen für Kleinunternehmer hin. Dass zum Beispiel in der Innenstadt kaum mehr selbständige Fachgeschäfte zu finden sind, daran trage weniger die Gewerbesteuerbelastung bei, Schuld seien vielmehr die immensen Mieten. „Die freien Einzelhändler sind wahrscheinlich eine aussterbende Art“,

stellte eine Textilhändlerin aus Feudenheim resignierend fest.

Zum Thema Ausgabenseite des Kommunalhaushalts kamen eher rüde Sparvorschläge von den Mittelständlern: „Brauchen wir ein städtisches Theater?“

Was bewegt die Selbstständigen und Kleinunternehmer sonst noch? Nachfolgeprobleme bei anstehender Geschäftsübergabe an die nächste Generation. Die administrativen und technischen Anforderungen beispielsweise im Handwerk seien so enorm gestiegen, dass Söhne und Töchter mit entsprechender Qualifikation oft lieber in Industrie und Verwaltung gingen. Was die Politik hier beitragen kann blieb offen.

Großen Wert legt der BdS auf die Einhaltung des Zentrenkonzepts. Hierin besteht mehr Gemeinsamkeit mit der Linken als beispielsweise mit der CDU, die jede Errichtung eines Großmarktes auf grüner Wiese befördert hat.

Und noch ein ganz spezielles Thema hatte der BdS auf seinem Themenzettel: Die Zahlungsmoral der Stadt Mannheim als Auftraggeberin des Handwerks. Das sei inzwischen ein ganz großes Problem. Mancher Handwerker könne es sich gar nicht mehr leisten, Aufträge von der Stadt zu nehmen, weil er sonst in Liquiditätsschwierigkeiten gerate. Womit man wieder bei den Finanzproblemen der Stadt angekommen war.

Insgesamt zeigten sich beide Seiten zufrieden und interessiert an einer gelegentlichen Fortsetzung des Meinungsaustauschs.

Thomas Trüper

„Wir werden dringend gebraucht“

Auszüge aus der Rede von Bernd Riexinger auf dem Landesparteitag am 16. Juli in Stuttgart

DIE LINKE Baden-Württemberg hat vor den Landtagswahlen als lebendige und engagierte Partei gelebt und wird das auch nach der Landtagswahl tun. DIE LINKE wird als linke Opposition auch und gerade außerhalb des Landesparlaments dringend gebraucht und wir nehmen diese Rolle an. Die FDP-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat im Zusammenhang mit neuen Anbändelungsversuchen an die SPD gesagt: „Das Parteienspektrum verändert sich. Bis auf die Linkspartei orientieren sich inzwischen alle an der Mitte.“ Da hat sie recht, auch Grüne und SPD orientieren sich an der bürgerlichen Mitte. Wir nicht. Wir sind und bleiben eine linke Partei, die sich weder mit dem Kapitalismus noch mit sozialer Ungerechtigkeit versöhnt.

Gegen Spaltung der Gesellschaft

Solange nach der größten Finanzkrise seit 1929 die Banken und die Finanzwirtschaft genauso weiter machen können wie vor der Krise, solange Hedgefonds, Banken und Investmentgesellschaften ungehindert ihren zweifelhaften Geschäften nachgehen können, solange die Investmentbanker wie die Made im Speck leben und die Politik in den Fängen der Finanzwirtschaft hängt, braucht es eine linke Partei, die dagegen hält.

Solange mit tatkräftiger Unterstützung der Politik, dem schädlichen Wirken der Agenda 2010 Millionen Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können, mit entwürdigendem Hartz IV aufstocken, als moderne Sklaven in unsicherer Leiharbeit arbeiten müssen, solange jede/jeder vierte Baden-Württemberger/in untypischen und häufig prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten muss, solange brauchen wir eine linke Partei, die dafür kämpft, dass die Menschen würdig arbeiten und leben und ihre Zukunft in sozialer Sicherheit planen können.

Solange die Spaltung unserer Gesellschaft in reich und arm nicht nur bestehen bleibt, sondern befördert durch politische Entscheidungen massiv weiter auseinandergeht, solange 2,5 Millionen Kinder in Armut leben, immer mehr Menschen in die Armut abgedrängt werden, das Versprechen der Sozialstaatlichkeit unseres Landes mit Aggression begegnet wird und gleichzeitig die oberen zehn Prozent Vermögen in unvorstellbarem Ausmaß anhäufen, das durch die unsoziale Steuerpolitik stetig vermehrt wird, solange brauchen wir eine linke Partei, die für die Umverteilung von Reichtum und Vermögen in die andere Richtung kämpft.

Solange die systematische Verarmung des Staates weiter betrieben, eine die demokratischen Entscheidungen strangulierende Schuldenbremse umgesetzt wird, unsere Gesellschaft nach dem Prinzip öffentliche Armut und privater Reichtum



Der neue Landesvorstand bei seiner konstituierenden Sitzung am 31. Juli

organisiert ist, brauchen wir eine linke Partei, die den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge und um die Wiederaneignung öffentlichen Eigentums entschieden führt.

Solange Demonstranten für friedliche Sitzblockaden kriminalisiert werden, solange geringe Verstöße gegen das Versammlungsrecht staatsanwaltlich verfolgt werden, auf Verfahren gegen Manager und Geschäftsführer, die sträflich die Rechte ihrer Betriebsräte missachten vergeblich gewartet werden muss, solange Belegschaften mit Verlagerungen von Standorten erpresst werden können, solange gut bezahlte Lobbyisten mehr Einfluss auf die Politik haben als Millionen Wähler und Wähler/innen, solange das Volk seine Stimme am Wahltag abgibt, dann aber nichts mehr zu sagen hat, brauchen wir eine linke Partei, die für tatsächliche Demokratie auf allen Ebenen eintritt.

Eine der vornehmsten Aufgaben: Kampf gegen Krieg

Und solange Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, die Freiheit am Hindukusch verteidigt wird, die Infrastruktur ganzer Ländern buchstäblich zerbombt wird, Millionenfaches Leid im Namen der Menschenrechte verursacht wird, brauchen wir eine linke Partei, die gegen jede Art von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, gegen imperialistische Kriege aufsteht und für eine tatsächliche Friedenspolitik eintritt.

Das ist überhaupt eine der vornehmsten Aufgaben der Linken. Deshalb darf die Linke ihre grundlegende Haltung gegen Krieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr niemals aufgeben und niemals den Pfad der Politik betreten, den die SPD und die Grünen längst ausgetreten haben.

Wir erleben gerade eine völkerrechtswidrige Bombardierung von Libyen, einem Land das kein anderes Land angegriffen hat, die militärische Parteinahme in einem Bürgerkrieg. Ehemalige grüne Friedensfreunde und Pazifisten würden am liebsten selbst einmarschieren, natürlich im Namen der Menschenrechte und Demokratie. Das Muster ist spätestens seit dem Jugoslawien- und dem Irak-Krieg bekannt. Ein Diktator wird als hitlerähnliches Monster aufgebaut und schon ist alles erlaubt. Nein liebe Genossinnen und Genossen, auch in diesem Krieg geht es nicht um Menschenrechte und Demokratie sondern um die Kontrolle über Öl- und Wasservorräte. Am Ende des Krieges wird die libysche Bevölkerung, wie die irakische verarmt sein, die öffentliche Infrastruktur kaputt und eine Elite durch die andere vielleicht noch korruptere abgelöst.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Friedensbewegung und die Linke gegen diesen Krieg auf die Straße gehen. Und keiner sollte der Illusion nachhängen Deutschland wäre nicht in diesen Krieg verwickelt. Die ganze Heuchelei der Menschenrechtskrieger wird jetzt wieder einmal bei der Lieferung von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien deutlich. Im Unterschied zu Libyen werden dort Frauen verhaftet, wenn sie den Führerschein machen, handelt es sich bei dem Regime um eines der reaktionärsten und korruptesten der arabischen Länder und es hat militärisch den Jemen unterstützt bei der blutigen Niederschlagung der dortigen Demokratiebewegung. Deshalb sagen wir laut und deutlich: Keine Bomben gegen Libyen, keine Panzer nach Saudi-Arabien, stoppt Krieg und Waffenexporte.

Prekäre Arbeitsverhältnisse im Aufschwung

Wir erleben gerade einen Aufschwung, der für viele Menschen keiner ist. Während die Gewinne nach wie vor den Löhnen davon eilen, der Export boomt nehmen die prekären Arbeitsverhältnisse, also Leiharbeit, Befristungen, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Mini- und Midijobs krebsartig zu. 9 Millionen Menschen arbeiten in der Summe in solchen Verhältnissen.

Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern, in denen Leiharbeit und Werkverträge einen erheblichen Teil des Zuwachses bei den Arbeitsplätzen ausmachen. Diese Spaltung und Struktur ermöglicht es dem Kapital, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, Tariffucht zu begehen, die Löhne und Lohnstückkosten weiter zu drücken. Millionen Menschen müssen am unteren existenziellen Minimum in einem der reichsten Länder der Erde leben. Wir dürfen nicht vergessen, dass hier die ehemalige sogenannte Rot-grüne Regierung mit den Hartz IV Gesetzen voll und ganz ihr Ziel erreicht hat, nämlich in Deutschland einen großen Niedriglohnbereich aufzubauen, um die Löhne zu senken und die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen durchzusetzen und nebenbei die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft erheblich zu schwächen. Wenn ein Drittel mancher Belegschaften befristet arbeitet, streikt es sich nicht so locker.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei gegen diese auch Altersarmut produzierenden Arbeitsverhältnisse zu kämpfen. Dazu gehört nach wie vor die Abschaffung von Hartz IV. Diese Verarmungs- und Demütigungsgesetze müssen weg. Prekäre Arbeit darf es nicht geben, Befristungen ohne besonderen Grund und Mehrfachbefristungen müssen verboten werden. Die Sozialversicherungspflicht muss ab der ersten Arbeitsstunde gelten, Leiharbeit muss verboten und der gesetzliche Mindestlohn von 10 Euro die Stunde ist längst überfällig. In Baden-Württemberg werden wir SPD und Grüne an ihr Versprechen nachdrücklich erinnern, ein Tariftreugesetz zu verabschieden, damit öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Betriebe vergeben werden. Arm trotz Arbeit ist ein unerträglicher und entwürdigender Zustand. Die Linke wird keine Ruhe geben, bis dieser Zustand beseitigt ist.

Während Politiker wie Rainer Brüderle weinselig vom XXL-Aufschwung schwärmen bilden sich am Horizont schon die ersten schwarzen Wolken der nächsten Finanzkrise. Der europäische Rettungsschirm wird immer teurer. Griechenland und Irland waren die ersten, die ihre Schulden nicht mehr bezahlen können, Portugal und Spanien und jetzt sogar Italien drohen das europäische Währungssystem wie Dominosteine zum Einsturz zu bringen. Dabei ist es lächerlich, dass es bei dem Rettungsschirm für Griechenland um die Entschuldung von Griechenland gehen würde. Griechenland müsste 7,5 % Wachstum für einen langen Zeitraum erwirtschaften, um seine Schulden zurückzahlen zu können. Nein, es ging und geht in erster Linie darum den europäischen Banken, an vorderster Front wieder einmal der Deutschen Bank das Risiko für ihre faulen Kredite abzunehmen. Nachdem das schon bei der Bankenrettung so gut funktioniert hat, warum nicht auch jetzt.

Banken machen weiter wie bisher

Erneut rächt sich, dass die Banken und Investmentgesellschaften so weiter machen können, wie vorher. Die Warnungen und Vorschläge der Linken zur Regulierung der Finanzmärkte



Freiburger Delegierte hängen Transparent auf.

wurden schmachlich in den Wind geschlagen. Es wird höchste Zeit, dass endlich die Großbanken vergesellschaftet werden, die durch solche windigen Geschäfte Milliarden Profit machen und nicht diejenigen, die bankrott sind. Es muss Schluss gemacht werden mit der Sozialisierung der Verluste und der Privatisierung der Gewinne.

Stattdessen zahlen hierzulande die kleinen Leute die Folgen der Währungskrise und in Griechenland soll die Mehrheit der Bevölkerung für die Schulden bezahlen, die sie nicht gemacht hat. In Griechenland zahlen übrigens, wie in Deutschland die Reichen und Vermögenden kaum Steuern. Die Rezeptur, die jetzt den griechischen Arbeitern in erster Linie von Merkel und Sarkozy aufgezwungen wird, gleicht den Auflagen, die der IWF in den 80er Jahren den Lateinamerikanischen Ländern verordnet hat. Löhne senken, Renten kürzen, öffentliche Dienstleistungen verteuern, Ausverkauf des öffentlichen Eigentums, Massensteuern erhöhen, Sozialausgaben kürzen. Erhebliche Teile der griechischen Arbeiter und Angestellten, die durchschnittlich bei durchaus vergleichbaren Lebenshaltungskosten 700-800 Euro im Monat verdienen werden buchstäblich verarmen, wenn dieses Programm durchgesetzt wird. Der griechischen Volkswirtschaft werden nicht nur die Arme amputiert sondern auch noch die Beine auf denen sie steht. Es ist völlig klar, bei ungleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen stärkt eine einheitliche Währung die starken Wirtschaftsnationen und schwächt die schwachen. Nur Lernunfähige Ignoranten, wie Merkel und Sarkozy können glauben, dass die europäische Währungsunion zu retten ist, wenn man den Schwachen völlig ihre ökonomische Basis entzieht.

Aktiv gegen Nationalismus und Rassismus

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, die griechischen Kolleginnen und Kollegen haben völlig recht, wenn sie auf die Straße gehen und sich gegen diese Zumutungen zur Wehr setzen. Sie verdienen unsere Solidarität. Griechische Kolleginnen und Kollegen, wir bewundern eure Ausdauer, euren Mut und eure Entschlossenheit. Wir, die Linke in Baden-Württemberg, wir solidarisieren uns mit euren Kampf. Und wir werden alle Hände damit zu tun haben, dass die plumpen, von keinerlei Tatsachen getriebenen Kampagnen der Bildzeitung und anderer einschlägiger Organe, die das bösartige Märchen von den faulen Griechen, die sich in der Sonne baden und sich von den anderen aushalten lassen, keinen Erfolg haben. Wir werden uns anstrengen müssen, dass diese Hetze nicht von rechtspopulistischen Kräften für ihre menschenfeindlichen Zwecke genutzt wird, wie wir es leider in immer mehr Ländern in Europa erleben müssen. Gerade die Linke in Deutschland ist heute die Kraft, die verhindern kann, dass rechtspopulistische und nationalistische Parolen auf fruchtbaren Boden fallen. Sie muss deutlich machen, dass es nicht um Deutsche gegen Griechen geht sondern um Oben gegen Unten, und dass wir da Unten, egal ob Deutsche Griechen, Spanier, Italiener oder Portugiesen, die gleichen Interessen haben.

Gerade wir Deutschen sind besonders gut beraten die bösen Märchen nicht zu glauben. Was Merkel und die schwarz/gelbe Regierung den sog. Schuldenländern verordnet wird als zweite Welle zu uns zurückschwappen. Schon heute diskutieren durch geknallte selbsternannte Sachverständige über die Rente mit 70. Außerdem führt die aggressive, auf Lohndumping und dem niedrigsten Lohnstückkostenanstieg in ganz Europa basierende Exportstrategie geradezu zur Verschuldung der anderen Länder und erhöht den Druck auf die Beschäftigten.

Es wird höchste Zeit, dass die deutschen Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften die Stehplätze im Kino verlassen und auf den Straßen und den Betrieben für deutliche höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen aufstehen. Die Linke unterstützt das und wir sind die einzige Partei, die in Deutschland für das Recht auf politischen Streik und Generalstreik eintritt.

Solange eine Allparteienkoalition den Gewerkschaften das Recht auf politischen Streik verweigert, wie es in fast allen europäischen Ländern völlig normal ist, braucht es eine starke linke Partei, die dafür steht, dass die Übermacht des Kapitals gegenüber den Gewerkschaften zurückgedrängt wird.

Für einen echten Politikwechsel in Baden-Württemberg

Trotz der Grünen-SPD-Regierung in Baden-Württemberg wird auch hier im Land unsere Partei gebraucht. Natürlich ist es ein Fortschritt, dass 57 Jahre ununterbrochene Regierungszeit für die CDU endlich beendet wurde. Einer der konservativsten Ministerpräsidenten in Deutschland wurde abgewählt und eine fast alle fortschrittlichen Reformen blockierende schwarz/gelbe Regierung abgelöst. Ohne Zweifel ein wichtiger politischer Erfolg für Baden-Württemberg. Wir begrüßen noch einmal, dass Mappus weg und CDU und FDP auf die Oppositionsbänke gesetzt wurden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen: Schon jetzt wird deutlich: Einen weitergehenden Politikwechsel wird es in Baden-Württemberg nicht geben. Viele Bewegungen, die Hoffnungen insbesondere auf die Grünen gesetzt haben, können schnell enttäuscht werden. Eine ist es schon, nämlich die Anti-AKW-Bewegung. Auch der neu gewählte Baden-Württembergische Ministerpräsident, Wilfried Kretschmann, hat auf dem Parteitag der Grünen vehement für die Zustimmung zum Kernkraftausstiegsplan der schwarz/gelben Bundesregierung geworben. Die Grünen zeigen sich in ihrem Programm überzeugt, dass die Stromproduktion aller Kernkraftwerke in Deutschland bis 2017 durch regenerative Energie ersetzt werden kann. Sie werden ihren Wählern erklären müssen, warum eine ganze Reihe von Atomkraftwerken trotzdem bis 2022 weiter laufen sollen. Dabei ist der Ausstiegsbeschluss nicht einmal unumkehrbar. Eine Mehrheit im Bundestag unter Einschluss der Mehrheit der Grünen und SPD hat einen Antrag der Linken abgelehnt, das Ende der Atomkraft ins Grundgesetz aufzunehmen. Was ist das für eine Politik?

Energiefrage ist auch soziale Frage

Die unsoziale und die eigene Gestaltungsfähigkeit fesselnde Schuldenbremse kommt mit den Stimmen der Grünen und der SPD ins Grundgesetz und der Ausstieg aus einer lebensbedrohenden Form der Energieversorgung kommt eben nicht ins Grundgesetz. Sieht so die konsequente politische Umset-



Linksjugend 'solid beim Absingen der „Internationale“

zung der eigenen Grundsätze aus? Das nennt man politischen Opportunismus und nichts anderes, liebe Genossinnen und Genossen. Die Erklärung für diesen Kurs wurde von Ministerpräsident Kretschmann dann gleich mitgeliefert, jetzt nämlich sei der Weg für schwarz/grün frei.

Passt nur auf, von der SPD, wo Euer Lieblingspartner landet. Die Grünen sind längst im bürgerlichen Lager angekommen und damit bei sich selbst. Wir werden genau hinschauen, ob die versprochene Energiewende tatsächlich eingeleitet wird. Wir werden hinschauen, ob die ENBW in öffentlicher Hand bleibt und deren Ressourcen für eine auf regenerative Energie und dezentrale Versorgung ausgerichtete Politik eingesetzt werden. Wie mit den 20.000 Beschäftigten umgegangen wird. Wir werden auch genau hinschauen, ob Stadtwerke und die Rekommunalisierung gefördert oder ob nur einige wenige Korrekturen vorgenommen werden. Wir sehen die Energieversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht nach Profitinteressen organisiert werden darf. Deshalb fordern wir Sozialtarife. Auch Menschen mit wenig Geld dürfen wegen der Energiepreise nicht in die Armut getrieben werden. Und wir sagen auch, Menschen, die in Not geraten sind, darf nicht einfach der Strom oder das Gas abgeschaltet werden. Nirgendwo wird so schnell abgeschaltet, wie in Deutschland. Für die Linke in Baden-Württemberg ist die Energiefrage und Ökologiepolitik zugleich eine soziale Frage und Sozialpolitik. (...)

Folgender Text wurde auf dem Landesparteitag am 16. und 17. Juli als Leitantrag (Teil I und II) beraten und nach Behandlung von Änderungsanträgen mit großer Mehrheit beschlossen.

Perspektiven der LINKEN in Baden-Württemberg

Mit dem von uns nicht erwarteten Wahlergebnis bei den Landtagswahlen ist DIE LINKE Baden-Württemberg weitere fünf Jahre in der außerparlamentarischen Opposition. Wir wollen diese Zeit nutzen, unsere Partei weiter aufzubauen und unsere Politikfähigkeit in Baden-Württemberg zu verbessern. Dazu gehören in besonderem Maße der Ausbau unserer Basisorganisationen, der Kreisverbände und Ortsvereine, die Gewinnung neuer Mitglieder und deren Aktivierung, die Beteiligung an außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen, die Erhöhung unserer Kampagnenfähigkeit und das Durchsetzen eigener Themen. Die Landespartei will ihre in den letzten Jahren gewonnene landespolitische Handlungsfähigkeit und Kompetenz weiter entwickeln. Die inhaltliche und praktische Verknüpfung mit der Kommunalpolitik ist ein wichtiger Bestandteil dafür. Die Vertretung in zahlreichen Kommunalparlamenten bildet dafür eine gute Basis. Die politische Bildung und Qualifizierung unserer Mitglieder gehört ebenso zum Parteaufbau wie die Weiterentwicklung der Jugendarbeit und die bessere Verankerung unter den Jugendlichen.

Partei aufbauen – Politikfähigkeit verbessern

Mit der Abwahl von Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg hat die neoliberal-konservativ geprägte Politik eine herbe Niederlage erlitten. Die alte Regierung, die auf Atomkraft, Stuttgart 21, Polizeieinsätze, Exportorientierung, Verschärfung der Ausbeutung durch Lohndumping und soziale Ausgrenzung setzte, wurde abgestraft.

Die Reformvorhaben von Grünen und SPD sind letztendlich daran zu messen, ob sie die Umverteilungspolitik von Unten nach Oben beenden und einen gegenläufigen Prozess einleiten. Wir werden den so genannten Green-New-Deal danach beurteilen, ob er ökologisch wirksam und sozial gerecht ist. Wir werden die Innenpolitik daran messen, ob die Einwanderungspolitik humanisiert wird und demokratische Freiheiten, gleiche Rechte und Teilhabe auch für die geringverdienenden Schichten der Bevölkerung erreicht wird. Wir sind linke Opposition außerhalb des Landtags und werden mit sozialen, ökologischen und demokratischen Bewegungen für Verbesserungen kämpfen und diese im Land unterstützen. Die Landespartei wird dabei ihr Selbstverständnis als eine



Delegierte aus Karlsruhe

den Kapitalismus ablehnende Kraft und Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen. Dies gilt auch gegenüber der neuen Landesregierung. Eine Aufweichung unserer programmatischen Kernpunkte lehnen wir ab. Wir halten daran fest, was wir in der Präambel unseres Landtagswahlprogramms formuliert haben:

„DIE LINKE in Baden Württemberg weiß, dass zur Verwirklichung dieser Ziele kapitalistisch bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse überwunden werden müssen. Umso entschiedener kann sie aktuell für notwendige strukturverändernde Reformen eintreten und nicht nur für Maßnahmen, die die gegenwärtigen Verhältnisse zementieren. DIE LINKE ist eben nicht der Absicherung und Mehrung persönlichen Reichtums verpflichtet. Deshalb ist sie für eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, für eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist notwendig für diejenigen, die heute benachteiligt und ausgegrenzt sind und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.“

Landespolitik als ständige Aufgabe

Mit ihrem Landtagswahlprogramm hat DIE LINKE in Baden-Württemberg eine gute inhaltliche Grundlage für politisches Eingreifen, auch wenn wir nicht im Landtag vertreten sind. Der Landesverband hat ausführlich über die Gründe diskutiert, warum wir unser Wahlziel nicht erreicht haben. Wir haben auch eine kritische Bewertung unserer eigenen Defizite vorgenommen und eine lebendige Auseinandersetzung mit den neuen politischen Verhältnissen im Südwesten gesucht. Ein wesentliches Resultat dieser Diskussion ist: Wir stellen die Landespolitik nicht für fünf Jahre in den Schrank. Wir veranstalten keinen Rückzug in die Ecke von Bekenntnispolitik und ideologischer Debatten. Wir bearbeiten die zentralen Landesthemen weiter, verbessern unsere Kompetenz und Zusammenarbeit mit landesweiten Akteuren. Der neue Landesvorstand soll diese Arbeit mit Hilfe der Landesarbeitsgemeinschaften koordinieren und geeignete Strukturen schaffen. Ein erster Schritt dazu ist die Bildung eines „Büros Landespolitik“ als



Was macht der Parteitag? Abstimmen!

ständigem Arbeitsgremium mit Vertreter/innen des Landesvorstands, der Kreisverbände, des Jugendverbands, Spezialist/innen aus Landesarbeitsgemeinschaften und Regionalbüros. Etwas mehr „Spezialistentum“ ist notwendig, um die Landespolitik kritisch begleiten zu können und eigene alternative Konzepte zu entwickeln. Ziel ist es, uns fachlich qualifiziert mit landespolitischen Positionen zu beschäftigen, Beschlüsse von Parteigremien mit vorzubereiten, Kreisverbände zu unterstützen und so die Kampagnenfähigkeit auf Landesebene zu befördern. Wir wünschen uns und gehen davon aus, dass sich die Landesgruppe Baden-Württemberg der LINKEN im Bundestag an diesem Prozess beteiligt und den Themenaustausch zwischen Landespartei und Bundestagsfraktion fördert.

Teil der sozialen Bewegungen

DIE LINKE lebt von einem engen Austausch mit Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Initiativen, außerparlamentarischen Protestbewegungen, Erwerbsloseninitiativen, Bildungseinrichtungen, Umwelt- und Sozialverbänden. Dafür benennen wir zukünftig feste Verantwortlichkeiten, wie das z.B. im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 bereits geschehen ist.

DIE LINKE ist Teil der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung und lehnt die Kriege und Interventionen in Afghanistan, Libyen und anderswo ab. DIE LINKE ist gegen die Produktion von Rüstungsgütern und deren Exporte sowie gegen den Kooperationsvertrag zwischen Kultusministerium und Bundeswehr. DIE LINKE arbeitet aktiv in antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen mit.

Soziale Fragen stehen für DIE LINKE weiter im Mittelpunkt. Der Umgang mit Menschen, die in Armut leben, Niedriglöhnen, Hartz IV, Leiharbeit und Kinderarmut ist kein Randthema, sondern prägend für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung. In der Landespolitik bearbeiten wir gleichrangig die zentralen Themen Umwelt, Energie, Verkehr, Demokratie, Gleichstellung und Bildung.

Die Forderung nach einem „sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag“ eröffnet die Möglichkeit, Umweltfragen und die soziale Frage eng zu verknüpfen. Wir spielen die soziale Frage nicht gegen die Umwelt, Stuttgart 21 oder mehr direkte Demokratie aus, sondern stehen in den unterschiedlichen Bewegungen für einen „roten Faden“. Das verdeutlicht unsere Kritik an einem stark auf Profitmaximierung basierenden Modell des „Green New Deal“.

Fachkonferenz zum Thema Atomausstieg und Energieversorgung

Ein wichtiger Schritt ist eine Fachtagung im Herbst 2011 zum Themenbereich „Atomausstieg, EnBW und die öffentliche Kontrolle der Energiewirtschaft“. Der völlige Ausstieg aus der Atomenergie ist als gesellschaftlicher Konsens erst gesichert, wenn er gesetzlich verankert und unumkehrbar gemacht wird. Sozialökologischer Umbau ist nur dann gewährleistet, wenn die Kosten des Umstiegs auf regenerative Energien nicht zu Lasten der Verbraucherhaushalte anfallen und die Wertschöpfung nicht einseitig zu Gunsten der Energiekonzerne organisiert sowie Versorgungssicherheit für alle Haushalte gewährleistet wird. Dieses Thema ist aus kommunalpolitischer und landespolitischer Sicht wichtig, Stichwort „Rekommunalisierung und Stadtwerke“. Dabei ist generell das Augenmerk darauf zu richten, Energie nicht mehr als Ware zu betrachten, sondern stattdessen grundlegende Energiedienstleistungen anzubieten.

Bedarf aus den Kreisverbänden wurde weiter angemeldet bei den Themen Kommunalfinanzen, öffentliche Unternehmensstrukturen bei der Daseinsvorsorge, Kita-Versorgung, gebührenfreie Bildung, Schulpolitik, Verkehr und Stuttgart 21, Kultur, Wohnen, Hochschulen, Klinik-Gesundheitsversorgung, Behindertenpolitik, ländlicher Raum, Bundeswehr und Schule sowie direkter Demokratie. Auch zu weiteren landespolitisch wichtigen Themen wollen wir Veranstaltungen anbieten.

Kommunales Engagement als „Politik von unten“

Kommunale Politik ist der Grundstock für eine erfolgreiche Landespolitik. Städte und Gemeinden gehören uns allen. Selbstorganisation und soziokulturelles Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen oder politischen Zusammenhängen findet meist direkt vor Ort statt. Wenn wir uns weiter verankern wollen, brauchen wir eine Art „zweite Aufbauphase“ der Landespartei, bei der die persönlichen Beziehungen und Bindungen vieler unserer Mitglieder stärker eingesetzt und aktiviert werden können. Kommunale Politik ist mehr als Arbeit in den Gremien der Kommunalparlamente. Linke Politik wirkt dort, wo Linke aktiv sind und zum Mitmachen einladen.

Zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben laufen über die Haushalte von Kreisen, Städten und Gemeinden. Die Kommunen sind auch in Zeiten eines konjunkturellen Aufschwungs strukturell unterfinanziert. Sie können notwendige öffentliche Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen und Investitionsstaus auflösen. Der Zunahme privaten Reichtums steht die Verarmung öffentlicher Einrichtungen entgegen. In den letzten drei Jahrzehnten wurden viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert. Öffentliche Verwaltungen wurden einem Sparregime von Beraterfirmen unterworfen. DIE LINKE will, dass die Kommunen wieder handlungsfähig werden. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung, Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr und Wohnungsbau müssen dem Primat der Kapitalverwertung entzogen werden. Die Förderung von öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentumsformen vor Ort und demokratische Kontrolle darüber sind Markenzeichen unserer Partei.

Wir haben als LINKE in Baden-Württemberg bislang 70 Mandate in Regional-, Kreis- und Gemeinderäten, zudem Ortsbeiräte in einigen Städten, in denen wir über Fraktionen verfügen. Das sind meist ehrenamtlich tätige Mitglieder, die sehr viel beitragen zur Verankerung der LINKEN in der Bevölkerung und in sozialen Netzwerken. Aus dem Ergebnis der Landtagswahl wissen wir: Wer in Baden-Württemberg landespolitisch ernst genommen werden will, muss kommunal verankert sein. Nicht erst bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014, sondern jetzt müssen wir Ideen entwickeln und Angebote schaffen, um uns breiter zu öffnen für kommunalpolitisch Interessierte und Aktive aus sozialen Zusammenhängen und Initiativen.

Wir streben eine landesweite Kampagne an, den Kindertagesstätten-Besuch gebührenfrei zu stellen. Diese Forderung können wir zusammen mit Erzieher/innen, Gewerkschaften, Vertreter/innen der Kommunen, vielleicht auch mit der einen oder anderen Bürgermeister/in breit vertreten.

Forum Linke Kommunalpolitik nutzen

Mit den meisten der landespolitisch zentralen Themen sind wir auch in den Kommunalparlamenten direkt konfrontiert. Entsprechende politische Initiativen bieten sich an. DIE LINKE unterstützt das „Forum Linke Kommunalpolitik“ und dessen weiteren regionalen Aufbau. DIE LINKE wirbt für die Bildungs- und Fortbildungsangebote des Forums zu wichtigen kommunalpolitischen Themen und nutzt dieses Angebot zum Austausch mit Kommunalpolitikern. DIE LINKE in Baden-Württemberg unterstützt zudem die bundesweite Koordinati-on kommunalpolitischer Initiativen der LINKEN.

Werbekampagne für neue Mitglieder

Die Aktiven haben im Landtagswahlkampf die durchgängige Erfahrung gemacht, dass die gute Resonanz für DIE LINKE weit größer war als dies in den 2,8 % am Wahlabend zum Ausdruck kam. Daran werden wir bei der Mitgliederwerbung anknüpfen: „Wer eine linke Partei will, sollte auch etwas dazu beitragen.“ Deshalb wird der Landesverband eine Mitgliederwerbekampagne starten, bei der wir engagierte Menschen und Interessierte direkt ansprechen, ob sie sich als Mitglied an



Edgar Wunder von der Antragskommission (alle Fotos vom Parteitag: Volker Bohn)

Aktivitäten oder Projekten der LINKEN beteiligen möchten. Für eine Werbekampagne braucht es Werbematerialien und ansprechende Gelegenheiten, wo Interessierte oder Neumitglieder gute neue Erfahrungen machen und Leute kennenlernen, mit denen sie gemeinsam etwas anpacken können. Mit einem oder mehreren Teams soll die Kampagne in den Kreisverbänden unterstützt werden.

Besondere Fähigkeiten und Interesse an Einzelthemen wie Ökologie, Antifaschismus oder Gesundheitswesen müssen auf Landesebene und auf Kreisebene durchlässiger und direkter aufgegriffen werden können, u.a. über direkte Vernetzung oder Arbeitsgemeinschaften.

Das gilt auch für zeitlich begrenzte Ad-hoc-Foren, die zu Einzelaktionen oder zu wichtigen landesweiten Demonstrationen (z.B. Anti-Atomdemos) oder Themen (wie z.B. Stuttgart 21) eingerichtet werden, speziell für Interessierte im linken Umfeld. Thematische Foren, in denen solidarische Kommunikation gepflegt und gelernt wird, sind gezielt einzurichten. Ziel ist, dass DIE LINKE mehr als Mitmach- und Mitgliederpartei aktiv wird.

Kreis- und Ortsverbände stärken

Im Wahlkampf haben sich viele Mitglieder bis an die Grenzen ihrer Kräfte engagiert. Ziel ist es, die Aktivitäten der Partei auf mehr Schultern zu verteilen, mehr Mitglieder und neue Interessierte in die Arbeit der Orts- und Kreisverbände einzubeziehen, Verantwortlichkeiten zu schärfen und die Ausbildung dafür dort einzusetzen, wo sie gebraucht wird: in den Kreisverbänden. Vorstände und Mitglieder sollen sich dafür in Kursen weiterbilden können. Neumitglieder sollen die Gelegenheit erhalten, sich mit Grundsatzprogramm und den demokratischen Regeln in der Partei vertraut zu machen. Das soll mithelfen, dass politische und private Differenzen solidarisch ausgetragen werden und die Parteiarbeit nicht lahm legen. Die politische Kultur bei Zusammenkünften und unsere Öffentlichkeitsarbeit müssen verbessert werden. Wie erreichen wir es, dass Mitgliederversammlungen ergebnisorientiert ablaufen und zur Mitarbeit anregen? Wie schaffen wir Freiräume für interessante inhaltliche Diskussionen? Welche Sprache pflegen wir bei öffentlichen Auftritten? Bei welchen Gelegenheiten werben wir offen um Mitglieder und wo ist der geeignete Ort dafür?

Die Bildung neuer Ortsgruppen ist notwendig, damit sich die Mitglieder wohnortnah in die Parteiarbeit einbringen können. Das kleinräumige Auftreten der Partei nach außen wird durch die Existenz von Ortsgruppen leichter.

Wir wollen keine Partei sein, in denen Frauen und Jugendliche als „Minderheiten“ wahrgenommen werden. Deshalb brauchen wir für diese Zielgruppen Angebote mit eigenem Zuschnitt. Mit den Frauenstrukturen in der Partei und dem Jugendverband sollen diese Angebote weiter entwickelt und umgesetzt werden. Das soll auf Landes- und Kreisebene zur Querschnittsaufgabe werden.

Politische Bildung verbessern und Programmdebatte nutzen

Im Auftrag des Landesvorstandes arbeitet eine „Vorberei-

tungsgruppe Qualifizierung unserer Mitglieder“ (VQM) an regionalen Bildungsangeboten, die in Absprache mit den Kreisverbänden organisiert werden. Dabei geht es um Themenstellungen, die sich mit Herkunft, Programmatik, Selbstverständnis und zentralen Politikfeldern der LINKEN beschäftigen. Die Diskussion über das neue Parteiprogramm bis zum Bundesparteitag im Oktober 2011 schafft zusätzlich die Gelegenheit, die programmatischen Grundlagen unserer Partei öffentlich vorzustellen und zu diskutieren, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen. Der neue Landesvorstand wird dazu Verantwortliche benennen und nach der Sommerpause die ersten weiteren Veranstaltungen anbieten. Die Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung in Berlin soll gestärkt werden.

Sechs Prüfsteine für einen wirklichen Politikwechsel in Baden-Württemberg

Schwarz-Gelb ist abgewählt. Mit dem Slogan „Der Wechsel beginnt“ hat die neue Landesregierung aus Grünen und SPD ihren Koalitionsvertrag überschrieben. Er enthält einerseits positive Ansätze, deren tatsächliche Umsetzung die LINKE aufmerksam verfolgen und ggf. öffentlich anmahnen wird. Andererseits hält der Koalitionsvertrag aber auch in vielen Punkten nicht, was Grüne und SPD den Menschen vor der Wahl versprochen haben.

Die neue Regierung versichert: „Dieser Koalitionsvertrag ist nicht der Abschluss, er ist der Beginn eines echten Wechsels. ... Er kann und will aber ausdrücklich um weitere Ideen und Konzepte ergänzt werden. Eine neue politische Kultur des Dialogs und der Offenheit für Vorschläge, unabhängig davon wer sie macht, wird mit uns in Baden-Württemberg Einzug halten. Wir laden alle in unserer Gesellschaft ein, mit uns gemeinsam am Baden-Württemberg der Zukunft zu arbeiten ... Diese Einladung gilt auch den Parteien und Fraktionen im Land und all jenen, die diesem Wechsel noch skeptisch gegenüber stehen.“ (Koalitionsvertrag, S. 2)

DIE LINKE nimmt diese „Einladung“ gerne an. Wir werden die konkrete Politik der Landesregierung mit konstruktiven Vorschlägen kritisch begleiten. Als außerparlamentarische linke Oppositionspartei geht es uns darum, dass der angekündigte „Politikwechsel“ kein leeres Versprechen bleibt. Im Bündnis mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen drängen wir auf einen wirklichen Politikwechsel hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Politik.

Was heißt das konkret? Als Beispiele formulieren wir sechs Prüfsteine für einen wirklichen Politikwechsel. Die dazu ausgewählten Themenfelder sind nur ein kleiner Ausschnitt unseres landespolitischen Programms, weil wir anhand nur weniger Beispiele illustrieren wollen, worauf es uns ankommt. Andere Themenfelder sind für uns nicht weniger bedeutsam, wir verweisen dazu auf unser Landeswahlprogramm.

1. Prüfstein: Die soziale Frage ernst nehmen

Auch im reichen Baden-Württemberg hat die Umverteilung von unten nach oben zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse – aber auch wachsender Reichtum auf der anderen Seite – sind gesellschaftlicher Alltag. Der viel gepriesene „Aufschwung“ kommt bei den meisten Menschen einfach nicht an. Die LINKE will:

- Bessere Förderung für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen;
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni;
- Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse;

- Abschaffung von befristeten Arbeitsverhältnissen ohne sachlichen Grund und Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis;
- Verbot der Leiharbeit;
- Abschaffung der 1-Euro-Jobs;
- bezahlbarer Wohnraum für alle;
- Einführung eines Tariftreuegesetzes und eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns von zehn Euro;
- Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst auf 35 Stunden pro Woche;
- Sozialtickets für kostengünstigen Nahverkehr als erster Schritt zu einem kostenlosen ÖPNV.
- Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistung für gleiche Arbeit.

Die Koalition aus Grünen und SPD wird sich an diesen Forderungen messen lassen müssen. Ein Fortschritt ist, dass im Koalitionsvertrag ein Tariftreuegesetz angekündigt ist. Das bedeutet, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden dürfen, die geltende Tarifverträge einhalten – zumindest aber einen Mindestlohn von zehn Euro zahlen.

Wir werden aufmerksam verfolgen, wie die im Koalitionsvertrag angekündigte bundesweite Initiative, Befristungen ohne sachlichen Grund aus dem Befristungs- und Teilzeitgesetz zu streichen, von der Landesregierung umgesetzt wird und ob sie wenigstens im Land selbst auf Leiharbeit verzichtet und unbefristet einstellt.

Wir werden einen wachsamem Blick auf die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus haben. Die EU-Kommission hat der Landesbank Baden-Württemberg aufgetragen, ihre vielen tausend Wohnungen zum Höchstpreis zu verkaufen. Das muss verhindert werden. Die Wohnungen müssen in öffentlicher Hand verbleiben, bei sozial vertretbaren Mieten. Die Landesregierung soll mit Mitteln der Landesstiftung eine Auffanggesellschaft für die insgesamt 24.000 Wohnungen schaffen und danach mit den betroffenen Gemeinden verhandeln, ob sie die Wohnungen übernehmen können oder eine sozial engagierte Wohnbaugesellschaft haben, die die Wohnungen übernehmen kann.

Ein wirklicher Skandal im Koalitionsvertrag ist der Verzicht auf gebührenfreie Kitas, obwohl die Freistellung für das dritte Kindergartenjahr von der SPD im Wahlkampf versprochen wurde. Die Gebühren sollen nun lediglich „sozial gestaffelt“ werden – wir sind gespannt wie.

Von der neuen Landesregierung fordern wir, dass sie eine Bundesratsinitiative startet, um die seit 1996 gestrichene Vermögenssteuer endlich wieder einzuführen. Die LINKE will eine Besteuerung von großen Vermögen über einer Million Euro. Diese Vermögenssteuer käme dann allein den Ländern

zugute. In Baden-Württemberg würde es Mehreinnahmen zwischen 8 und 10 Milliarden Euro bedeuten. Damit könnten die Kinderbetreuung, Ganztagschulen und vieles mehr finanziert werden.

2. Prüfstein: Bildung für alle

In keinem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft so stark über den Bildungserfolg wie in Deutschland. Die abgewählte schwarz-gelbe Regierung in Stuttgart verschärfte die Auslese durch ein mehrgliedriges Schulsystem, durch das achtjährige Gymnasium mit seinem Turbo-Abitur, durch Schulschließungen (Werkrealschulen) und durch fehlende Plätze an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs. Auch bei der Förderung und Integration von Migrantenkinder liegt Baden-Württemberg bundesweit hinten.

Eine grundlegende Bildungsreform geht aus vom Grundsatz „Die Schulen sind für die Kinder da und nicht umgekehrt“. Jedes Kind – unabhängig von seiner Herkunft, unabhängig von einer Behinderung – hat das Recht auf eine individuelle Förderung. Deshalb muss eine Schulreform das Prinzip individueller Lernpläne ins Zentrum stellen, um alle Kinder in ihren unterschiedlichen Anlagen bestmöglich zu fördern. Bildung fängt spielerisch in den Kitas an und muss von der Kita bis zur Uni gebührenfrei sein. Da Kinder am besten in Gemeinschaft und voneinander lernen, tritt die LINKE für wohnortnahe, inklusive Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse mit dem Realschulabschluss als Regel ein. Kein Kind darf verloren gehen! Deshalb will die LINKE die Zahl der Ganztagschulen mit einem gesunden Mittagessen und zusätzlichen Lernangeboten stark erhöhen.

Politikwechsel in der Bildung heißt für uns:

- Abschaffung aller Studiengebühren;
- die deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen;
- Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen – der Master muss Regelabschluss an allen Hochschulen werden und es muss einen Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz geben;
- Einführung einer Zivilklausel an allen Hochschulen in Baden-Württemberg;
- die Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium muss sofort aufgehoben werden;
- Rücknahme der Schulzeitverkürzung an den Gymnasien („G8“);
- Senkung des Klassenteilers und mehr Lehrerstellen, um den hohen Stundenausfall besonders an beruflichen Schulen sofort zu beseitigen und Lernende besser zu fördern.
- Schluss mit Schulschließungen durch Werkrealschulen, denn durch Gemeinschaftsschulen können auch bei Schülersrückgang 70 Prozent der Schulen im Land erhalten werden.
- Die Landesregierung muss gewährleisten, dass es Eltern von Kindern mit Behinderungen ermöglicht wird, einen Integrationsassistenten bezahlt zu bekommen. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass den Trägern, die über die Stundenzahl der Assistenz zu entscheiden haben, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- Gebührenfreiheit von der Kita an, um soziale Herkunft und Bildungserfolg voneinander zu trennen und um die Förderung, Integration und Inklusion frühestmöglich zu beginnen.
- Eine Bildungsreform kann nur von unten her, im demokratischen Prozess aller Beteiligten – der Lernenden, Lehrenden und Eltern – entstehen. Dies muss die Landesregierung fördern.
- Die neue Landesregierung muss nicht nur die notwendigen Gelder bereitstellen. Sie muss auch Weichen in der gemeinsamen Ausbildung für Lehrende an Gemeinschaftsschulen stellen, und für eine bessere Qualifikation von Erziehenden in den Kitas.

- Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass alle Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen möchten, auch einen Ausbildungsplatz finden.
- Baden-Württemberg braucht für den Bildungsbereich einen Landesentwicklungsplan, um eine weitere Zersplitterung des Bildungssystems durch immer neue Modellschulen zu verhindern und allen Lernenden flächendeckend einheitliche und vergleichbare Abschlüsse mit gemeinsamen Standards zu garantieren. Die neuen Bildungsräte auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene werden darüber ebenso wachen wie über die Verwirklichung des Rechts auf den Besuch einer wohnortnahen Gemeinschaftsschule als Ganztagschule innerhalb von vier Jahren, die einen schnellen Ausstieg aus den Hauptschulen ermöglicht.

3. Prüfstein: Atomausstieg bis spätestens 2014 und Umbau der EnBW

Energiebereitstellung ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss am Nutzen für die Gesellschaft und an den Anforderungen der privaten und öffentlichen Verbraucher/innen ausgerichtet sein. Sie darf nicht vom Interesse von Energiekonzernen bestimmt sein, möglichst viel Strom mit maximalem Profit zu produzieren. Die Gesellschaft und die Bevölkerung brauchen nicht möglichst viel Strom, sondern sie brauchen gutes und gesichertes Wohnen, Arbeit, Mobilität und gutes Leben. Dazu gehört auch Energiebereitstellung, aber auch und gerade sparsame, ökologische und umweltverträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen. Kommunen und Regionalverbände als entscheidende Leistungserbringer der Daseinsvorsorge dürfen nicht einfach Durchleitungseinrichtungen für Konzernstrom und Wegebereitsteller für Automobilverkehr sein, sondern sie sind Dienstleister für die Lebens- und Arbeitsanforderungen der Bevölkerung. Nach den Kernkraftwerkskatastrophen in Japan ist zudem das Bewusstsein gewachsen, dass Atomenergie technisch nicht beherrschbar und eine unverantwortliche Zerstörung der Natur und der Lebensbedingungen auf Jahrtausende bedeutet. Ebenso müssen auch die begrenzten und im Verbrauch umweltschädlichen fossilen Energien durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Alle diese Anforderungen an die Daseinsvorsorge Energiebereitstellung erfordern eine öffentliche, parlamentarische, sowie direkte und demokratische Kontrolle und Steuerung. Sie erfordern Steuerung, Einflussnahme und demokratische Kontrolle vor Ort, in den Kommunen. Dazu müssen die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Wirtschaft gestärkt werden.

Leider findet sich im Koalitionsvertrag nicht nur wenig, sondern gar nichts Substanzielles zu den politischen Organisations- und Gestaltungsaufgaben und zur Neuausrichtung der Geschäftspolitik der EnBW und deren demokratischer Kontrolle.

Die LINKE im Bundestag hat ein Ausstiegskonzept „Wann, wenn nicht jetzt – raus aus der Atomkraft und rein in eine erneuerbare und demokratisierte Energieversorgung“ vorgelegt. Konkretisiert für Baden-Württemberg heißt das: Forcierung des Ausbaus von regenerativen Energieformen, Dezentralisierung, Ausbau von Stadtwerken und deren demokratischer Kontrolle sowie ein Energieeinsparprogramm. Dazu ist ein Umbau der EnBW dringend erforderlich:

- Die LINKE Baden-Württemberg fordert die Entwicklung eines neuen Organisations- und Geschäftsmodells für die EnBW. Die EnBW muss zu einem regional orientierten, in Arbeitsteilung mit den Stadtwerken arbeitenden Energiedienstleister umgebaut werden. Kernenergieproduktion ist durch erneuerbare Energien zu ersetzen: Wir wollen die Abschaltung aller Atomkraftwerke in Baden-Württemberg noch in dieser Legislaturperiode.
- Eine Neustrukturierung der EnBW muss mit Rekommu-

nalisierungsmaßnahmen verbunden werden.

- Freiwerdende finanzielle Mittel durch Umstrukturierungen müssen für Investitionen in regionale erneuerbare Energien verwendet werden.
- Die heutige Rechtsform der EnBW als AG ist unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben als öffentliches Unternehmen in Frage zu stellen. Es ist zu prüfen, inwiefern bestehende Rechtsformen wie gemeinnützige GmbH (gGmbH), Genossenschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts besser für die Aufgaben als öffentliches Unternehmen geeignet sind. Generell ist – wie von der LINKEN vorgeschlagen – die Entwicklung einer neuen Rechtsform des „politischen Unternehmens“ zu prüfen.
- Der Umbau der EnBW erfordert einen Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze der mehr als 20.000 Beschäftigten der EnBW, ihrer Tarifverträge und Arbeitsbedingungen.
- Um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen und die öffentliche Kontrolle der EnBW zu verbessern sollte ein Kontrollgremium gebildet und unternehmensrechtlich verankert werden, in dem neben Vertreter/innen der Kommunen auch solche der Gewerkschaften, von umweltpolitischen Organisationen und Verbraucherverbänden beteiligt sind.
- Die Landesregierung ist gefordert, im Landtag und gegenüber der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des EnBW-Umbaus zu berichten.

4. Prüfstein: Konsequenz für mehr direkte Demokratie

Die neue Landesregierung will „Baden-Württemberg zum Musterland demokratischer Beteiligung machen“. Dazu sollen „alle Formen der Bürgerbeteiligung“ ausgebaut werden. Dieses Ziel verdient Unterstützung. Wir vermissen dazu im Koalitionsvertrag allerdings wesentliche Punkte:

- Bei Bürgerbegehren ist die im Koalitionsvertrag versprochene Absenkung der Unterschriftsquoren zwar richtig, aber unzureichend. Die meisten Bürgerbegehren scheitern an bürokratischen Hürden wie angeblicher Verfristung, angeblich mangelhaftem Kostendeckungsvorschlag und dem thematischen Ausschluss insbesondere der Bauleitplanung. Hier fordern wir von der Landesregierung, sich Bayern als Vorbild zu nehmen: Dort gibt es keine Fristsetzung für die Unterschriftensammlung, ein Kostendeckungsvorschlag ist nicht erforderlich und Bürgerentscheide auch zu Themen der Bauleitplanung sind jederzeit möglich.
- Auf der Landesebene will die Koalition aus Grünen und SPD die Möglichkeit von Volksinitiativen einführen: Durch 10.000 Unterschriften soll der Landtag verpflichtet werden können, sich mit einem Anliegen zu befassen. DIE LINKE begrüßt diesen Schritt, für den allerdings eine Verfassungsänderung notwendig ist. Aber warum soll diese Möglichkeit nicht auch auf der kommunalen Ebene gegenüber Gemeinderäten und Kreistagen in einer praktikablen Weise als „Einwohneranträge“ eingeführt werden? DIE LINKE hatte dies in ihrem Wahlprogramm gefordert, im Koalitionsvertrag findet sich dazu nichts. Das würde keine Verfassungsänderung erfordern.
- Die neue Regierung will – wie in anderen Bundesländern schon längst geschehen – endlich auch in Baden-Württemberg die Direktwahl der Landrät/innen einführen, sowie auch die Direktwahl von Regionalräten in Regionalverbänden. DIE LINKE schlägt vor, dies noch durch die Direktwahl der Bezirksbeiräte für die Stadtteile in den größeren Städten zu ergänzen.
- In vielen anderen Bundesländern können Bürgermeister/innen durch einen Bürgerentscheid vorzeitig abgewählt werden, wenn die Bevölkerung mit ihrer Arbeit nicht mehr zufrieden ist. In einem „Musterland der Demo-

kratie“ sollte eine solche Möglichkeit selbstverständlich sein. Im Koalitionsvertrag wurde es leider vergessen. Es ist auch unverständlich, warum dort keine Reduzierung der im bundesweiten Vergleich in Baden-Württemberg überlangen Amtszeit von Bürgermeister/innen (8 Jahre) vorgesehen ist.

- Das Wahlrecht soll laut Koalitionsvertrag ab dem 16. Lebensjahr gelten – aber nur bei Kommunalwahlen. Es ist unverständlich, warum diese Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen nicht gelten soll, obwohl dies rechtlich möglich und z.B. im Bundesland Bremen auch schon praktiziert wird. Wir fordern das aktive Wahlrecht ab 16.
- Vergessen wurde im Koalitionsvertrag auch, die Gemeinden dazu zu verpflichten, mindestens einmal jährlich eine Bürgerversammlung durchzuführen. Bislang ist dies in Baden-Württemberg freiwillig (etwa im Unterschied zu Bayern), weshalb sich die meisten baden-württembergischen Gemeinden davor drücken, durch Bürgerversammlungen die Bevölkerung über aktuelle Entwicklungen in der Gemeinde regelmäßig zu informieren.
- DIE LINKE fordert ein fortschrittliches Versammlungsgesetz, das Protest nicht behindert. Sitzblockaden, Streikposten und Spontandemonstrationen müssen hierbei ohne Einschränkungen gewährleistet werden.

5. Prüfstein: Oben bleiben – „Stuttgart 21“ verhindern

Die neue Landesregierung macht jetzt „Kassensturz“, prüft also, wie viel Geld vorhanden ist und wofür es ausgegeben werden soll. Nicht in Frage gestellt werden von Grünen und SPD die von der Mappus-Regierung zugesagten ca. 1,7 Milliarden Euro Steuergelder für die Hochgeschwindigkeitsstrecke und das Milliardengrab Stuttgart 21.

Der Koalitionsvertrag akzeptiert den in der Geißler-Schlichtung vorgesehenen Stresstest: der neue Bahnhof muss in Hochbelastungszeiten 30 % mehr Leistung erbringen und darf nicht mehr als 4,5 Milliarden Euro kosten, andernfalls beteiligt sich das Land nicht an den Mehrkosten. Sollte der „Stresstest“ die Deutsche Bahn nicht zur Aufgabe des Projekts bewegen, soll eine Volksabstimmung nach § 60 Abs. 3 der Landesverfassung durchgeführt werden. Nach der geltenden Verfassung ist die Volksabstimmung allerdings nicht rechtskräftig, wenn nicht mindestens ein Drittel aller Wahlberechtigten für den Ausstieg aus „Stuttgart 21“ stimmt. Das bedeutet, dass sich bei knappen Mehrheitsverhältnissen bis zu zwei Drittel der Wahlberechtigten an der Volksabstimmung beteiligen müssten. Ein solches Quorum ist in den Landesverfassungen anderer Bundesländer kaum anzutreffen und wurde in der Geschichte Baden-Württembergs auch noch niemals erreicht. Deshalb haben beide Koalitionsparteien vor der Wahl auch eine Abschaffung des Quorums gefordert, also eine Verfassungsänderung. Die ist aber aufgrund der Blockadehaltung der CDU vorerst nicht durchsetzbar. Weil die Volksabstimmung wegen des zu hohen Quorums voraussichtlich nicht rechtskräftig sein wird, droht ein Demokratie-Desaster.

Die LINKE in Baden-Württemberg ist ein aktives Mitglied im Aktionsbündnis gegen „Stuttgart 21“. Wir werden den Widerstand gegen dieses unsinnige Großprojekt weiterhin unterstützen und fordern von der Landesregierung:

- Nach wie vor fordert die LINKE eine Volksbefragung der Bevölkerung in der Region Stuttgart zu „Stuttgart 21“, deren Ergebnis die Landesregierung als verbindlich akzeptieren muss. Schließlich betrifft es die in der Region Stuttgart wohnenden Menschen am meisten.
- Wenn eine landesweite Volksabstimmung erfolgt und diese – wie zu erwarten – das Quorum verfehlt und deshalb ungültig sein wird, muss der Landtag über den Ausstieg aus Stuttgart 21 selbst abstimmen. Echte Demokraten werden dann die Mehrheitsmeinung der Abstimmenden beim

Volksentscheid respektieren, unabhängig vom Erreichen eines Quorums, und im Landtag ihre Stimme entsprechend abgeben. Wir fordern von SPD und Grünen, sich vor der Volksabstimmung verbindlich darauf zu verpflichten, so zu verfahren und dann im Landtag geschlossen entsprechend dem sich beim Volksentscheid ergebenden Mehrheitswillen abzustimmen.

- Unverzüglich sollten die Bestimmungen in der Gemeindeordnung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden so angepasst werden, dass ein Bürgerentscheid in der Stadt Stuttgart zum Rückzug der Stadt aus dem Projekt möglich wird.
- Wir fordern, dass nicht Milliarden Euro für Stuttgart 21 verpulvert werden. Denn sie werden dringend für bessere Schulen, eine bessere soziale Versorgung der Bevölkerung und andere Infrastrukturprojekte im ganzen Land, wie z.B. die Rheintalbahn, benötigt. Ein modernisierter Kopfbahnhof für Stuttgart verursacht deutlich geringere Kosten und kann die Aufgaben eines modernen Bahnhofs besser als „Stuttgart 21“ erfüllen, wie die Kopfbahnhöfe z.B. in München Frankfurt/Main und Leipzig zeigen.
- Bundeskanzlerin Merkel hat vor der Landtagswahl spekuliert, dass die erwarteten Mehrkosten für Stuttgart 21 auch vom Bund übernommen werden könnten, um das umstrittene Projekt doch noch zu retten. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat daraufhin im Bundestag gefordert, dass auch der Bund keine weiteren Gelder zuschießen darf. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich dieser Forderung anschließt.
- Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die notwendige Verfassungsänderung zur Ermöglichung von gültigen Volksabstimmungen auch gegen den Willen der CDU nach § 64 Abs. 3 der Landesverfassung durchzusetzen. Das ist mittelfristig durch einen Volksentscheid über die Verfassungsänderung möglich, am besten terminlich gekoppelt mit der nächsten Bundestagswahl.
- DIE LINKE fordert die Einstellung aller Verfahren gegen S21-Gegner/innen und Amnestie für die bereits Verurteilten.

6. Prüfstein: Unsere Kommunen wieder handlungsfähig machen

Die Kommunen sind der entscheidende Ort, an dem öffentliche Daseinsvorsorge stattfindet und an dem ein selbstbe-

stimmtes Zusammenleben auf sozialer und demokratischer Grundlage entwickelt werden kann. Dies ist nur möglich, wenn unsere Kommunen finanziell nicht weiter ausgetrocknet und abhängig gemacht werden.

Die kommunale Schuldenkrise ist nicht allein die Folge der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, sondern auch Ergebnis einer falschen Bundes- und Landespolitik: Durch Kürzungen bei den Gewinnsteuern und durch Abwälzung von Sozialaufgaben auf die Kommunen mussten sie sich immer mehr verschulden und haben kaum noch Gestaltungsspielraum. Zudem bediente sich die Landesregierung unzulässig beim kommunalen Finanzausgleich.

Deshalb unterstützt die Linke eine stärkere Einmischung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Politik (z.B. durch Bürgerbegehren und Bürgerhaushalte) und fordert einen Rettungsschirm für Kommunen. Das Land Baden-Württemberg muss sich stärker an den Kita-Ausbaukosten der Kommunen beteiligen, wie es im Oktober 2010 bereits der Verwaltungsgerichtshof Münster für das Land Nordrhein-Westfalen verfügt hat. Notwendig ist ein sofortiges Landesinvestitionsprogramm zum Abbau des Investitionsstaus in den Kommunen, z.B. in bei Krankenhäusern, Schulen und Kitas, im Umweltbereich und bei wichtigen Infrastruktureinrichtungen.

Die Städte und Gemeinden können ihre Finanzkrise jedoch nur durch einen grundlegenden Politikwechsel in der Steuerpolitik überwinden. Deshalb fordert die Linke von der neuen Landesregierung Gesetzesinitiativen im Bundesrat zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, zur Einführung einer Finanztransaktions- und einer Börsenumsatzsteuer, zum Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer, zur vollständigen Bezahlung zentraler Sozialausgaben für Arbeitslose, Behinderte, Rentner durch die Bund, sowie zur Schaffung einer Kommunalkammer mit Veto-Recht der Kommunen bei allen Gesetzen, die finanziell für die Kommunen relevant sind.

DIE LINKE in Baden-Württemberg wird die zukünftige Politik der neuen Landesregierung daran messen, inwiefern sie diesen sechs Prüfsteinen und anderen in unserem Landtagswahlprogramm genannten Kriterien gerecht wird. Ein wirklicher Politikwechsel muss auch unter einer Grünen/SPD-Regierung erkämpft werden.

Publikationen der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Publikationen der Bundestagsfraktion können kostenfrei bestellt werden im Internet-Versandportal (<http://versand.linksfraktion.net>). Passwort und Benutzernamen erfährt man in den Wahlkreis- bzw. Regionalbüros der Bundestagsabgeordneten, dort gibt es von den Publikationen auch immer kleine bis mittlere Mengen zum Abholen, wenn man mal dringend was braucht.

Und das unter anderen sind die aktuellen Titel:

- Broschüre „10-Jahre Krieg in Afghanistan – es reicht!“ DIN A5, ca. 80 Seiten
- Broschüre „Bundeswehr raus aus den Schulen“ DIN A5, ca. 40 Seiten
- Folder „Mehr Geld für Kommunen“ DIN lang, 6 Seiten
- Folder „In sieben Schritten raus aus der Atomkraft“ DIN lang, 6 Seiten
- Folder: Das Steuerkonzept der LINKEN Format DIN lang, 8 Seiten
- Folder „Die Situation im Bildungssektor“ DIN lang, 6 Seiten
- Folder „LINKE Mittelstandspolitik: wirtschaftlich vernünftig, sozial verantwortlich“ DIN lang, 6 Seiten

Weitere Themen: Weg mit Hartz IV, gesetzlicher Mindestlohn, Regulierung des Finanzmarktes, Nein zur Rente mit 67, Datenschutz für Beschäftigte und weitere.

Außerdem kann man hier die Zeitung „klar“, das Magazin „clara“ sowie die feministische Zeitung „querblick“ im Abo bestellen.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
 Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de
 Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
 Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de
 Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail:info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de oder über Regionalbüro Freiburg

Esslingen

Bernd Heinrich Freer, 72622 Nürtingen, Tel.: 07022/67739, Mail: heinrichfr@gmail.com, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de • Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graesser@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingefinglen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim,

Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)
 • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169, Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de • Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Reinhard Gumz, 88353 Kißlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linksparthei-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.dielinke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de • Walter Schmid, Fon/Fax 07331/44625, eMail: r.u.w.schmid@web.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 01520-7087995, eMail: info@die-linke-zollernalb.de

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Europa

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: staehle@linke-stadtrat-goepingen.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Antje Claßen, antje.claassen@die-linke-zollernalb.de. Telefon 07477-256564. Gott-hilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gottthilf.lorch@amici-tue.de

AG Ökologische Plattform

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@online.de

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: Martin.Berger@gmx.de • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de
Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz**, Michael Krause, michael-kr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-**

Tauber, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb**, Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrik Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepingen.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, trueper@aol.com • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuel-peter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle, richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

DIE LINKE.
BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Der Nahostkonflikt
Diskussion über Positionierung zur Israel-/Palästina-Frage: Arbeitstagung am Sonntag, 25.9.2011, 11 Uhr. Stuttgart-Heslach, Feuerwehrhaus, Möhringer Straße 56, 70199 Stuttgart mit Wolf-

gang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der LINKEN, Tobias Pflüger, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN und Claudia Haydt (angefragt), Mitglied im Vorstand der Europäischen LINKEN (EL).

Kommunalpolitisches Forum / Vorankündigung
Einladung zur Mitgliederversammlung am Samstag, 15. Oktober 2011, 10.30 Uhr. Hauptthema: Sozialticket mit Erfahrungen dazu in verschiedenen Kommunen. An-

schließend Vorstandswahl. Ort wird noch bekannt gegeben. Anmeldung und Rückfragen: Dagmar Uhlig, Mail: d.uhlig@die-linke-stuttgart.de. Mobil: 0151-27132997

Wege zum längeren gemeinsamen Lernen
Vorankündigung: Stuttgart, 12. November, 10 bis 17 Uhr. Davor: Exkursion zur Integrierten Gesamtschule Wörth am 3. November. Veranstalter von der RosaLuxemburg Stiftung Baden-Württemberg und dem Forum Entschiedene Bildungsreform.

Feministische Herbstakademie
Vom 4. bis 6. November in Esslingen. Anmelden und Anfragen: brigitte.ostmeyer@die-linke.de

Soziale Energiewende, Stromkonzerne
Fachtagung am 19. November in Karlsruhe.

Landesparteitag 2012
Voraussichtlich am 21./22. April.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Veranstaltungsprogramm Herbst/Winter 2011

«Wie wir mehr werden...»

Wie ändern sich politische Beteiligungsformen und wie können sozial Benachteiligte durch politische Organisationen erreicht werden?
27.09., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Linke Milieus in Deutschland: Wertvorstellungen, Handlungsmuster und Perspektiven gemeinsamen politischen Handelns
29.09., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Die Linke, Israel und der Nahostkonflikt. Versuch zur Versachlichung einer Debatte
07.10., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Linke Medienakademie: BürgerMedien bewegen Politik
08.10., 9 - 20 Uhr, Universität, Kollegiengebäude II, Keplerstr. 17, Stuttgart

«Stuttgart 21», die Organisation von Protest und die Re-Artikulation des Politischen
11.10., 20 Uhr, Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, Reutlingen

Revolution in Nordafrika - und Europa macht dicht?

Zur Kritik der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik
21.10., 18 Uhr, TREFFPUNKT Rotebühlplatz, Rotebühlplatz 28, Stuttgart

Was ist links? Und (wie passt) das zusammen?
Einblicke in die politischen Milieus von LINKEN, SPD und GRÜNEN
25.10., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Die Protestbewegung gegen «Stuttgart 21»
Wasmacht sie aus und wo liegen ihre emanzipatorischen Potentiale?
01.11., 20 Uhr, Club Voltaire, Haaggasse 26B, Tübingen

Energiewende! Mit oder gegen die Strommultis?
03.11., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Ökonomie ohne Wachstumszwang - ein Wunschtraum?
28.11., 20 Uhr, Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, Reutlingen

Arabische Revolten - mehr als ein regionales Ereignis?
06.12., 20 Uhr, TREFFPUNKT Rotebühlplatz, Rotebühlplatz 28, Stuttgart

Infos und Kontakt: www.rls-bw.de | mail: schlager@rosalux.de | Tel. 0711 99 79 70 90 | Fax: 0711 99 79 70 91
V.i.S.d.P.: Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart

Anzeige

Medien kompetent nutzen, gestalten & diskutieren

Medien & Demokratie: BürgerInnen bewegen Politik

Gegenöffentlichkeit & Alternative Medien

8. Oktober Stuttgart
Uni Stadtmitte K2

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Workshops: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (2-tägig) | Layout Umgang mit Bildern | Texte schreiben für eigene Publikationen Rhetorik | Web 2.0 | Kampagnenplanung uvm.
Anmeldung & Info: www.linke-medienakademie.de

LiMA

regional 2011

Workshops
Fachvorträge
Podien